

#### 4. Zeitraum 1969-1989 - von der Studentenbewegung bis zur Wiedervereinigung

##### 4.1 Was folgt auf die Studentenbewegung?

Das Jahr 1969 stand im Zeichen der Ausläufer der Studentenbewegung, die ihrer Spontaneität beraubt war und den Weg in die Organisation suchte.

Es flackerten immer wieder Strohfeuer auf, die sich thematisch an der Behandlung von Kriegsdienstverweigerern, dem Krieg in Vietnam und der Ausdehnung des Krieges auf Kambodscha sowie der Politik der griechischen Militärjunta festmachten. Neben Demonstrationen und Aktionen auf der Straße wurde überwiegend die Diskussion im "Elfenbeinturm" der Universität geführt. Hier ging es um die Neustrukturierung der Universität mit der Maximalforderung nach Selbstverwaltung und die Forderung nach einer "sozialistischen Hochschule".

Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und dem Verlust eines charismatischen Führers verstrickte sich die politische Bewegung immer mehr in Richtungskämpfe. Nach der Auflösung des SDS entstanden auf der Suche nach einem ideologischen Vorbild kommunistische Splittergruppen wie die KPD/AO (Aufbauorganisation) oder KPD/ML (Marxisten/Leninisten), die sich die chinesische Kulturrevolution unter Mao-Tse-Tung zum Vorbild genommen hatten. Ihre studentische Basis war in den sogenannten Roten Zellen organisiert, die wiederum den KSV (Kommunistischen Studentenverband) bildeten. Auch die SEW versuchte über ihre studentische Organisation, die ADSen (Aktionsgemeinschaft Demokratischer Studenten), politischen Einfluß an der Universität zu gewinnen. Rabehl/Lönnendonker halten fest, daß "...die Revolte in dem

Moment zusammenbricht, in dem die politischen Rahmenbedingungen sich verändern und die Verspannungen innerhalb der Revolte diese auflösen bzw. in die Extreme von Partisanenabteilungen, maoistischen Gruppen und demokratischem Reformpotential transformieren.“<sup>225</sup>

Der Linkstrend des SFB, der durch die Studentenbewegung entstanden war und die ihm in der Bevölkerung den Beinamen “Rotfunk” eingebracht hatte, hielt auch nach den Ereignissen des Jahres 1968 an. Die einzige Ausnahme bildete weiterhin die Berliner Abendschau, die völlig unbeirrt ihren konservativen Stil pflegte und welche **die** Sendung des SFB war, in der sich die schweigende Mehrheit Berlins wiederfand. Leiter der Abendschau und Chefmoderator war nach wie vor Harald Karas.

Die Abendschau ging zu Beginn des Jahres 1969 zur Tagesordnung über und sendete Bewährtes. Die Themen am 13.1.1969 zum Beispiel waren:

1. Presseball 1969
2. Eislöcher
3. SFB-Rundfunkrat
4. Goldener Bildschirm 1968 für SFB-Film “Tramp”
5. Badminton

Mit dieser bunten Mischung unpolitischer Themen lag die Abendschau im Durchschnitt völlig richtig bei ihren Zuschauern.

Das nächste politische Ereignis von herausragender Bedeutung für die Stadt war dann der Besuch von US-Präsident Richard Nixon am 27. Februar 1969. Der SFB sendete dazu einen Live-Beitrag in der ARD, der nur unkommentiert erhalten ist<sup>226</sup>. Er zeigt das vollständige Besuchsprogramm, an manchen Stellen ist aber nicht ersichtlich, was sich gerade ereignete. Man sieht Menschenmengen und Hundertschaften von Polizisten. Wenn es sich um US-freundliche Berliner handelte, die am

---

<sup>225</sup> Rabehl/Lönnendonker u.a., Die Provokationselite..., S. 44

<sup>226</sup> Präsident Nixon in Berlin, ARD-Sendung v. 27.2.1969, SFB-Fernseharchiv

Straßenrand Spalier stehen und Plakate hochhalten mit Sprüchen wie "Wir danken Nixon", ging die Kamera nahe heran; wenn die Polizei und die Menge in Bewegung waren, ging die Kamera mehr in die Totale und man kann nicht viel erkennen, d.h. daß vermieden wurde, die Nixon-kritischen Transparente ins Bild zu rücken.

Die Reportage im Hörfunk zu diesem Ereignis dokumentiert hingegen, daß es in Höhe des Europa-Centers Störaktionen der APO gab. Reporterin Lea Rosh berichtete, daß die APO, nachdem ihre Gegendemonstration verboten worden war, vorhatte, Nixon mit roten Fahnen und Knallfröschen zu empfangen. Dieser Plan wurde allerdings von den Polizeikräften vereitelt.

Über die Studenten wurde Anfang des Jahres 1969 nur punktuell berichtet. Am 18. Januar fand vor dem Kurt-Schuhmacher-Haus eine Demonstration der APO gegen die SPD-Politik und gegen die griechische Militärjunta statt, die als Meldung im Nachrichtenblock auftauchte.

Am 30. Januar wurde über eine Vollversammlung an der FU berichtet. Diese sogenannten NiFs, Nachrichten im Film, funktionieren nach dem Prinzip der Zusammenfassung eines Ereignisses auf der Basis von Schnittbildern. Dem Bericht über die FU-Versammlung genügte als Bildhintergrund ein ausführlicher Kameranäherung. Der Reporter faßte den Inhalt des Teach-ins aus seiner Sicht zusammen - es ginge um Fragen der Hausordnung, Relegationen und Streik. Besonders hob er einen Antrag aus dem Auditorium hervor, bei dem es um die Mißbilligung von Gewalttaten, in diesem Fall die Verwüstung der Villa eines Kurators, durch die Vollversammlung ging.

Der Reporter versuchte durch seine Formulierung deutlich zu machen, daß er gewalttätige Aktionen der Studentenschaft verurteilte. Er beschrieb die Studenten als heterogene Gruppe, die nicht durch die APO hegemonisiert werde, d.h. daß er sich gegen die APO wandte und für die "gemäßigten"

Studenten Partei ergriff.

Zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam es Ende Juli/Anfang August 1969, als zwölf Bundeswehrdeserteure in West-Berlin verhaftet und an die jeweiligen Bundesländer ausgeliefert wurden.

Am 28. Juli berichtete die Abendschau über Verwüstungen in der City West:

“Und so sahen heute morgen zahlreiche Schaufenster am Ku’damm aus...”

Im Bild sind zerstörte Schaufenster und Schaukästen sowie herumliegende Scherben zu sehen.

...“Gegen 23 Uhr errichteten die Demonstranten Barrikaden aus Baumaterial, rissen das Pflaster auf und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei, sodaß Passanten flüchten mußten...”

Im Bild sind weiterhin zerbrochene Schaufensterscheiben zu sehen, dann die Zerstörungen am Maison de France.

...“Hier brach ein Brand im Maison de France aus, den die Polizei bald unter Kontrolle hatte..”<sup>227</sup>

Mit dieser Formulierung wurde den Demonstranten Brandstiftung unterstellt. Ob diese tatsächlich stattgefunden hat, kann nicht mehr recherchiert werden; wichtig ist, was der Zuschauer assoziiert, nämlich daß Demonstranten Krawallmacher und potentielle Brandstifter sind. In dem gesamten Beitrag wird nicht gesagt, worum es bei der Demonstration ging; möglich ist allerdings, daß dies in der nicht mehr enthaltenen Anmoderation erwähnt wurde. Vielleicht ist aber auch bezweckt worden, durch die Unterschlagung der Motive der Demonstranten den Anschein zu erwecken, daß es sich um sinnlose Zerstörungswut handelte.

Die journalistische Methode, nicht vorhandene Bilder - nämlich die von der Demonstration selbst - durch Text zu ersetzen, d.h. die Ereignisse zu den Bildern der zerstörten Vitrinen am Ku’damm zu schildern, erzeugt eine vermeintliche Aktualität und Authentizität. Obwohl der Zuschauer nicht

---

<sup>227</sup> Berliner Abendschau vom 28.7.69, SFB-Fernseharchiv

dabei gewesen ist, kann und soll er sich anhand der Schilderung des Reporters im Kontext mit den Bildern eine Vorstellung davon machen, wie die Demonstranten gewütet haben.

Am 2. August rief die APO zu neuen Protestaktionen gegen die Auslieferung der Bundeswehrdeserteure auf. Der Abendschau-Bericht darüber stammt nicht von einem der gewohnten Reporter, sondern von einem offensichtlich jüngeren Kollegen. Dieser sagte, daß die Demonstranten Steine geworfen und Barrikaden errichtet hätten. Davon gab es keine Bilder. Zu der Textstelle, daß die APO künftig jeden Freitag als "Tag der öffentlichen Verurteilung des Menschenraubs" begehen wolle, ist ein Demonstrant im Würgegriff eines Polizisten zu sehen. Bevor man aber unterstellen könnte, der Reporter sähe diese Behandlung eines Demonstranten kritisch, wird ein Polizist, der von einem Sanitäter gestützt wurde, gezeigt. Auf diese Weise konnte der Beitrag den Anforderungen der Ausgewogenheit genügen.

Am 15. November kam es zu einer großen Vietnam-Demonstration in der Stadt. Für die Abendschau berichtete der als sehr konservativ bekannte Wolfgang Hanel über das Ereignis<sup>228</sup>:

Im Bild zu sehen sind Demonstranten mit dem Spruchband "Für den Sieg der unterdrückten Völker". Hanel weist darauf hin, daß sich "in die Sprechchöre und Internationale-Gesänge das Hupkonzert einer Autoschlange" mische. Man kann davon ausgehen, daß dies der Punkt ist, an dem sich der Abendschau-Zuschauer angesprochen fühlt - er identifiziert sich mit den an der Weiterfahrt gehinderten Autofahrern und ist empört über die Störenfriede. Dagegen werden Straßensperren, die aufgrund von Staatsbesuchen wie dem des Schah von Persien oder des amerikanischen Präsidenten vorgenommen wurden, in der Regel für selbstverständlich erachtet und kritiklos hingenommen.

Zu der Aussage "Die Demonstranten forderten u.a. die Beendigung des

---

<sup>228</sup> Berliner Abendschau vom 15.11.1969, SFB-Fernseharchiv

Krieges in Vietnam” sind Transparente im Bild zu sehen mit der Inschrift “Für ein revolutionäres Palästina” und “Zionismus=Rassismus”.

Unklar ist, ob Hanel hier bewußt eine Text/Bild-Schere produziert hat. Es liegt aber der Verdacht nahe, daß nicht noch ein weiteres brisantes Thema unnötig in den Blickpunkt gerückt werden sollte, nämlich die Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern.

Der Rest des Beitrags ist sparsam besprochen und läßt den Original-Ton unkommentiert laufen, als da waren Sprechchöre wie “Amis raus aus Vietnam”, dazu im Bild Spruchbänder mit dem Slogan “Frieden für Vietnam” und “Die Macht im Staat dem Proletariat”. Dann folgt ein Schnitt auf verständnislose Bürger, der sicher beabsichtigt ist. Im folgenden sind noch KPD/ML-Fahnen zu sehen.

Der weitere Verlauf der Demonstration wird von Hans-Werner Kock kommentiert, der als SPD-Anhänger einzustufen war. Er berichtet, daß der inzwischen auf über 6000 Demonstranten angewachsene Zug gegen 15.30 Uhr den Tauentzien erreicht hätte. Im Bild sind Demonstranten mit Mao-Bildern zu sehen. Zu hören sind Ho-ho-ho-chi-minh-Sprechchöre. Zu Bildern von Polizeiabsperungen erklärt Kock, daß an der Umland/Ecke Kantstraße die griechische Militärmission abgeriegelt wurde. Die Demonstration habe sich gegen 17 Uhr aufgelöst.

Im Vergleich der beiden Demonstrationsberichte läßt sich sagen, daß der von Hans-Werner Kock verfaßte Teil sachlicher wirkt, vor allem, weil er keine Widersprüche zwischen Text und Bild aufweist.

Als zeitgeschichtliches Dokument sind diese Berichte auch im Hinblick auf den Entwicklungsprozeß der Studentenbewegung interessant. Die Präsenz der KPD/ML und die bei den Demonstrationen mitgeführten Mao-Portraits zeigen, daß der Diskussionsprozeß innerhalb der Linken eine Neuorientierung zur Folge hatte. Da die Sowjetunion als Vorbild nicht taugte, suchte der autoritär strukturierte Teil der Linken sein Heil in der Kulturrevolution Mao-Tse-Tungs. Rabehl/Lönnendonker dazu im Rückblick:

“ Die doppelte Frontstellung gegen das herrschende System und gegen den Zerfall der spontanen Bewegung macht den Marxismus-Leninismus für nicht unwesentliche Teile des ehemals antiautoritären Lagers attraktiv. Große Teile der antiautoritären Bewegung transformieren sich in den frühen 70er Jahren zu marxistisch-leninistischen Kadergruppierungen maoistischer Prägung. Der Marxismus-Leninismus maoistischer Provenienz wird für die Antiautoritären attraktiv, indem er - vermittelt über die Chinesische Kulturrevolution - die permanente Revolution, die permanente Bewegung fordert.”<sup>229</sup>

Diese Neuorientierung der Linken konnte von den Medien nicht sofort eingeordnet werden. Die Berichte zum Thema Studentenbewegung, die im Laufe des Jahres 1969 in der Abendschau liefen, waren nur vordergründig und nicht eben zahlreich.

Dafür versuchte ein SFB-Beitrag, der im ARD-ZDF-Vormittagsprogramm gesendet wurde, eine Bestandsaufnahme der APO zu leisten.

Das ARD/ZDF-Vormittagsprogramm war 1963 gegründet worden, um den “Schichtarbeitern aus dem Osten” die Möglichkeit zu geben, Sendungen von ARD und ZDF zu empfangen. Es bestand überwiegend aus Wiederholungen vom Vortag, brachte aber auch exklusiv für dieses Programm erstellte Beiträge wie die “Umschau”, ein Zusammenschnitt von Ereignissen aus den Bundesländern. ARD und ZDF wechselten sich turnusmäßig in der Bestückung des Programms durch Nachrichten, Ratgeber- und Unterhaltungssendungen ab. Auch Dokumentationen hatten einen festen Sendeplatz. Die Kernsendezeit war 9 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags und wurde später auf 14 Uhr ausgedehnt.

Der Beitrag “APO-Aktion auf Straße und Universität” vom 5. März 1969 hatte eine Länge von 15'50”.<sup>230</sup>

Aus Anlaß der in Berlin stattfindenden Wahl des Bundespräsidenten durch

---

<sup>229</sup> Rabehl/Lönnendonker u.a., Die Provokationselite...,S. 12

<sup>230</sup> ARD/ZDF-Vormittagsprogramm am 5.3.1969, SFB-Fernseharchiv

die Bundesversammlung hatten die nicht genannten Autoren die Entwicklung der APO seit der Straßenschlacht am Tegeler Weg am 4. November 1968 verfolgt. Für sie markiert die Schlacht am Tegeler Weg einen Wendepunkt in der Geschichte der Studentenbewegung. Aus vergleichsweise nichtigem Anlaß - dem Ehrengerichtsverfahren gegen RA Horst Mahler, das mit einem Freispruch endete - wäre eine Straßenschlacht entstanden, die von Seiten der Demonstranten mit bis dahin unbekannter Härte geführt worden wäre. Polizisten wären mit Steinen bombardiert worden. Im Vergleich dazu, daß bei den Osterunruhen des Jahres '68 nur Gewalt gegen Sachen praktiziert und die Scheiben vom Axel-Springer-Verlag eingeworfen worden wären, hätte diese Gewalt gegen Personen eine neue Dimension gehabt.

Die Agonie der APO hätte sich dann bei der Demonstration zum 50. Jahrestag Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gezeigt, als sich der Marsch oppositioneller Exilgriechen der SEW anschließen mußte, weil der SDS gegen seine Beteiligung an der Demonstration war.

Dann wäre der SDS zur Parteizentrale der SPD gezogen, um diese zu stürmen. Als dies mißlang, hätten die Demonstranten aus Frustration die Schaufensterscheiben des KadeWe durch Steinwürfe zertrümmert.

Diese militanten Aktionen hätten sich gehäuft, wären aber unter den Studenten umstritten gewesen.

An der Universität gäben Radikale den Ton an. Rechte und Unpolitische würden zwangsweise in die Diskussionen einbezogen. Am Otto-Suhr-Institut hätte sich eine Gruppe der Gemäßigten, allen voran Gesine Schwan, zur Wahl gestellt, diese aber deutlich verloren. Die politische Linke verfüge über zuviel Erfahrung und Technik, die radikalen Studenten nutzten ihre Stärke aus. Sie sähen die Uni als Vorfeld und Basis für die Revolutionierung der Gesellschaft.

Die ideologische Auseinandersetzung in der APO würde sich am Beispiel des Republikanischen Clubs zeigen. Dieser drohe am Flügelkampf zu



zerbrechen. Er bestehe 1. aus Anarchisten und SDS, 2. aus dem "Extra-Dienst" und der SEW, 3. aus den "Liberalen Scheissern" gegen Gewalt. Der SDS hätte die Einstellung des "Extra-Dienst" verlangt. Man einigte sich schließlich auf die "Rote Presse Korrespondenz" als Beilage.

Als linke Szene-Kneipe hätte sich die "Drehscheibe" etabliert, eine Kellerkneipe, die als Treffpunkt zwischen Ost und West dienen sollte.

Hier hätte dann unter Beteiligung zahlreicher Journalisten eine Diskussion über die Abhaltung der Bundesversammlung in West-Berlin stattgefunden.

Walter Bartel als APO-Vertreter hätte dieses Ereignis als Akt der Herausforderung an die Sowjets eingestuft, da es eine Veränderung des Status Quo mit sich bringen würde. Eine Weltmacht wie die Sowjetunion könne sich das nicht bieten lassen. Er hätte für eine Demonstration der APO gegen die Bundesversammlung plädiert.

Der Beitrag schließt damit, daß es immerhin zu einer Aktionseinheit von SDS und SEW in dieser Frage gekommen wäre.

Daß dieser Beitrag im ARD/ZDF-Vormittagsprogramm plaziert wurde, kam nicht von ungefähr - behandelte er doch eine in diesen Tagen heiß diskutierte Frage. Die Reaktion der Sowjets auf diese Herausforderung war nicht abzusehen. Die bürgerlichen Parteien nahmen etwaige Schikanen als Konsequenz aus diesem Akt in Kauf, um die Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik zu demonstrieren.

Die Linke fand sich hier noch einmal zu einer Aktionseinheit zusammen, aber aus unterschiedlichen Motiven: die SEW, weil sie selbstverständlich die Sicht der DDR stützte, die die Abhaltung der Bundesversammlung in Westberlin als Provokation empfand. Der SDS wiederum opponierte einfach gegen die bürgerlichen Parteien, die dies inszenierten und hegte vermutlich eine klammheimliche Sympathie mit dem DDR-Regime, erstens deshalb, weil es der Antipode der bürgerlichen Bundesrepublik war und zweitens, weil es unter Führung seines "Bruderstaats", der Sowjetunion, Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt unterstützte.

Aus welchen Gründen die Autoren dieses Beitrags die Zeit für gekommen hielten, eine Bilanz der APO zu ziehen, bleibt unklar. Ebenso, warum die Haltung zur Bundesversammlung in Berlin ein Gradmesser für die Aktionsfähigkeit der APO sein sollte. Die Tendenz des SFB-Beitrages ging dahin, die APO für gescheitert zu erklären und die Linie der SEW zu unterstützen, die sich als der "vernünftigeren" Teil der Studentenbewegung gab und sich von den militanten "Linksradikalen" distanzierte. Es steht zu vermuten, daß der Sinn dieses Beitrags in einem Programm, das sich erklärtermaßen an die Ost-Zuschauer wandte, darin bestand, einen gemeinsamen Nenner zu finden und ein Bild der Westberliner Linken zu zeichnen, das für die DDR-Bürger akzeptabel war.

Eine weitere Sendung des Dritten Fernsehprogramms brachte die Berlin-Problematik auf den Punkt, thematisierte aber auch gleichzeitig die Studentenbewegung und stellte eine kausale Verbindung her. Wieder nach dem Prinzip der Ausgewogenheit verfahren, auf die der damalige Intendant Franz Barsig großen Wert legte, behandelte die Sendung mit dem Titel "Das Problem Berlin" am 11.2. 1969 dieses Thema aus mehreren Perspektiven.<sup>231</sup>

Zunächst gab sie der SEW Gelegenheit zur ausführlichen Selbstdarstellung. Heinz Grünberg vertrat den Standpunkt, daß Westberlin kein Land der Bundesrepublik, sondern vielmehr eine selbständige politische Einheit sei.

Der westliche Standpunkt, vertreten durch den Journalisten Gottfried Vetter, hob die wirtschaftliche, politische und kulturelle Verflechtung Westberlins mit der Bundesrepublik hervor.

Der Standpunkt der APO wurde dargelegt von Marianne Regensburger. Sie stellte klar, daß die APO kein einheitliches Konzept zur Berlin-Frage habe, da die APO in sich nicht einheitlich sei. Als eine optionale Sichtweise

---

<sup>231</sup> Das Problem Berlin, 11.2.1969, Drittes Programm SFB-FS, SFB-Fernseharchiv

ließ sie Walter Bartel vom "Extra-Dienst" ein Vier-Punkte-Programm referieren, in dem es heißt:

1. Westberlin sei kein Bundesland, hätte aber eine funktionale Bindung zur Bundesrepublik.
2. Westberlin müsse für die DDR und die Sowjetunion eine positive Funktion haben und sich vor allem auf ökonomischem Gebiet mit dem Ostblock arrangieren.
3. Westberlin dürfe sich nicht als antikommunistischer Vorposten verstehen.
4. Die politische Risikoschwelle müsse gemindert werden, um die Lebensfähigkeit der Stadt zu sichern.

Im übrigen versuchte Regensburger, Vorurteile der Zuschauer gegenüber der APO auszuräumen, indem sie sie über deren politische Ziele aufklärte. Abschließend meldete sich als Vertreter des neutralen Standpunktes der Schweizer Hans Fleig zu Wort. In Kurzinterviews hakte er bei den drei Protagonisten nach. Von Grünberg wollte er wissen, inwiefern die SEW eigene Positionen entwickelt hätte, die über die der SED hinausgingen. Die Antwort darauf fiel im wahrsten Sinne nichtssagend aus. Gottfried Vetter wurde gefragt, inwieweit der Westen an der Verhärtung der Positionen schuld sei. Vetter antwortete, daß erst die Berlin-Blockade Stalins Fakten geschaffen hätte.

Abschließend ging Fleig auf den Beitrag von Regensburger ein und warb um Verständnis für die Studenten. Daß die Unruhen ausgerechnet in Berlin begonnen hätten, wäre vom Maginot-Linien-Denken in der Stadt geradezu herausgefordert worden. Polizeiknüppel wären kein Mittel, stattdessen solle man über eine akademische Jugend, die sich engagiert, froh sein. Seit der Großen Koalition hätte es Stillschweigen und Passivität in der Berlin-Frage gegeben. Die APO, die auch ein wichtiger Faktor gegen die Überalterung der Stadt wäre, solle in die Berlin-Politik einbezogen werden.

An dieser insgesamt 70 Minuten währenden Sendung lassen sich die

verschiedenen Standpunkte gut nachvollziehen. Der SFB kam dabei seinem Informationsauftrag in vollem Umfang nach, indem das Thema von allen Seiten beleuchtet wurde und die verschiedenen Positionen zu Wort kamen. Indem am Schluß ein "neutraler Beobachter" das Wort ergriff, der die Studenten unterstützte, zeigte der Beitrag eine linke Tendenz.

Interessant an der Auseinandersetzung ist insbesondere die Haltung der APO zur Berlin-Frage. Aufgrund der offensichtlich nicht konsequent geführten Diskussion in der Studentenbewegung und der in Teilen verbreiteten "klammheimlichen Sympathie" mit dem DDR-System rang man sich zu der halbherzig bis schwammigen Position des der SEW nahestehenden "Extra-Dienstes" durch. Dabei ging es darum, die westliche Sicherheit zu behalten, aber trotzdem mit zumindest nominellen Errungenschaften des real existierenden Sozialismus, wie der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, zu kokettieren. An der Position der APO zur Berlin-Frage sieht man, daß sie keine einheitliche Bewegung mehr darstellte, sondern kurz davor war, in mehrere Richtungen auseinanderzufallen. Die Tatsache, daß in der Berlin-Frage der SEW-Argumentation überwiegend gefolgt wurde, stellt ein politisches Armutszeugnis dar.

Der westliche Standpunkt, wie er von Gottfried Vetter vertreten wurde, war durch die nach wie vor währende Unsicherheit über den Status Westberlins und die Hoffnung auf eine positive Lösung der Berlin-Frage geprägt.

Der Vertreter des vorgeblich neutralen Standpunkts, Hans Fleig, entlarvte schonungslos die Identität der Programme von SEW und SED. In seinem Schlußwort wird deutlich, daß der Titel der Sendung "Das Problem Berlin" in doppeltem Sinne zu verstehen ist: zum einen in Bezug auf den Status der Stadt, zum anderen aber auch in Hinblick auf den noch nicht kontrollierbaren Faktor APO. Fleig sah den Ausweg in einer Einbeziehung letzterer in die politische Verantwortung.

Die Sendung ist politisch gefärbt, aber nicht propagandistisch, obwohl sie die Propaganda von Ost und West wiedergibt. Die von einem Schweizer scheinbar repräsentierte Neutralität wird aufgehoben durch dessen Stellungnahme für die Studentenbewegung. In dieser Form war eine solche Äußerung erst möglich, nachdem der Höhepunkt der Auseinandersetzungen überschritten war.

Der SFB trug dem Faktum Rechnung, daß der Status Berlins erneut in der Diskussion war. Er versuchte, alle aktuellen Meinungen zu diesem Thema darzustellen. Aus der Tatsache, daß die Meinung der APO auch Berücksichtigung fand, kann man schließen, daß sie zu diesem Zeitpunkt schon eine gesellschaftlich relevante Kraft war. Zumindest der fortschrittlichere Teil der Medien, und dazu muß man den SFB zählen, betrachtete die APO als ernsthaften Diskussionspartner. Es ist aber auch das Bemühen zu erkennen, die APO ins parlamentarische System zu integrieren und damit berechenbarer zu machen. Die jungen Reporter und Redakteure, die die Basis des SFB bildeten, konnten sich zu einem gut Teil mit dem progressiven Anspruch der Studenten identifizieren. An der Spitze des Senders herrschte auch nach dem Regierungswechsel in Bonn 1969 personelle Kontinuität in Gestalt des SPD-Mannes Franz Barsig; ob die Politik der sozialliberalen Koalition mit ihrem Schwerpunkt auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik auch direkt im SFB umgesetzt wurde, läßt sich schwerlich nachweisen. Eines ist aber verifiziert: die zunehmende Isolierung der Entspannungspolitik-Gegner Walden und Hausen. In den Programmgeräten der ARD wurde beschlossen, die Kommentare des SFB im Ersten Programm zu reduzieren, um Chefredakteur Walden keine Gelegenheit zu geben, seine Kritik zu äußern.<sup>232</sup>

Der Ausgang der 60er Jahre war also geprägt von einem Paradigmenwechsel innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition.

---

<sup>232</sup> Gedächtnisprotokoll - Gespräch mit Bettina von Sass, Tochter von Matthias Walden im Mai 2007

Es fand eine Dogmatisierung der Studentenbewegung statt, die sich zunehmend am Maoismus, der chinesischen Variante des Stalinismus, orientierte. Obwohl es evident ist, daß die Verhältnisse in einem rückständigen, überbevölkerten Bauernstaat nicht zu vergleichen sind mit dem hochentwickelten westlichen Kapitalismus, gab es diverse studentische Gruppen, die sich den Maoismus zum Vorbild nahmen. Entsprechend der autoritären Struktur leninistischer Parteien waren die KPD/AO, die KPD/ML und der KSV als Kaderorganisationen angelegt und standen in diametralem Gegensatz zu einem anderen Ableger der Studentenbewegung, den sogenannten Spontaneisten. Diese verzichteten auf einen ideologischen Überbau und standen eher den Situationisten nahe, die sich durch spontane Aktionen artikulierten, ohne den Anspruch zu erheben, eine bestimmte gesellschaftliche Schicht zu repräsentieren. Dieser Anspruch blieb nun den K-Gruppen und der SEW (in der Bundesrepublik der DKP) vorbehalten, die tatsächlich dem Glauben anhängen, die Arbeiterschaft für den Kampf gegen das kapitalistische System mobilisieren zu können.

Innerhalb der nicht-dogmatischen Bewegung gab es dann aber nochmals die entscheidende Spaltung in der Gewaltfrage. Was spätestens seit dem Tode Ohnesorgs diskutiert wurde, war die Berechtigung zum Widerstand gegen einen vermeintlich als faschistoid auftretenden Staat. Die Schlacht am Tegeler Weg zeigte, daß die Praxis die Theorie überholt hatte: bei dieser Demonstration anläßlich des Ehrengerichtsverfahrens gegen Rechtsanwalt Mahler gingen die Demonstranten gezielt und gewalttätig gegen die Polizei vor.<sup>233</sup> Diese neue Dimension der Gewalt gegen Personen läßt sich mit der Ohnmacht und dem Stillstand der Bewegung nach dem Tod von Rudi Dutschke erklären: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" lautete die Parole, zu der aus der Perspektive der Studenten

---

<sup>233</sup> Inwieweit hier durch den Einsatz von "Agents provocateurs" gewalttätige Aktionen forciert wurden, kann nicht mehr hinreichend geklärt werden

verständliche, aber objektiv sinnlose Eruptionen der Gewalt vollzogen wurden. Hierbei greift der Vorwurf des Linksfaschismus, wie er von Habermas ins Spiel gebracht (und bald wieder revidiert) wurde und mit dem er der APO eine Paranoia dem Staat gegenüber und unverhältnismäßige Reaktionen vorhielt, allerdings nicht, weil die Linke weder über die ökonomischen noch politischen Mittel verfügte, sich gesellschaftlich durchzusetzen. Was ihr aber vorzuwerfen ist, war eine gewisse Intoleranz Kommilitonen und liberalen Professoren gegenüber, die dem "neuen" Zeitgeist des Marxismus nicht unbedingt folgen wollten. Die Spaltung der Bewegung Ende 1968 in einen dogmatischen maoistisch-leninistischen und einen spontaneistischen Flügel, der sich seinerseits nochmals in der Gewaltfrage spaltete, ist ein direktes Resultat der mit dem Attentat auf Dutschke und der Verabschiedung der Notstandsgesetze erlittenen Niederlage der Bewegung. Wie sehr sich diese sozusagen kopflos in verschiedene Richtungen zerstreut hatte, mußte Dutschke schmerzlich feststellen, nachdem er nach Jahren des Exils nach Berlin zurückgekehrt war. Eine Kontinuität der Bewegung von 1966-68 gab es nicht. Eine nicht zu unterschätzende Auswirkung hatte die Bildung der sozialliberalen Koalition nach den Wahlen vom 28. September 1969. Nicht nur von den bürgerlichen Parteien wurde die Ablösung der CDU nach 20 Jahren Regierungszeit als Beleg für die Wandlungsfähigkeit des Systems gesehen. Rabehl/Lönnendonker wiesen ja bereits darauf hin, daß Teile der Oppositionsbewegung von der sozialliberalen Koalition kooptiert wurden.<sup>234</sup> Auf dem langen Marsch durch die Institutionen trafen sich allerdings Jahre später Spontis und Maoisten wieder. Die Alternative Liste und die Grünen wurden zum Sammelbecken all jener aus der ehemaligen Studentenbewegung, die an die Schalthebel der Macht wollten.

---

<sup>234</sup> Rabehl/Lönnendonker, Die Provokationselite..., S.25

## 4.2 Die siebziger Jahre - K-Gruppen und Entstehung der RAF

Während die sogenannten K-Gruppen noch darauf spekulierten, die Arbeiterklasse für ihre Ideen gewinnen zu können und den Sozialismus propagierten, setzten andere aus der Studentenbewegung hervorgegangene Gruppen auf Militanz. Die Überlegung, die später auch den Aktionen der Rote Armee Fraktion zugrunde lag, war die, daß die träge Masse sich nur durch spektakuläre Aktionen wachrütteln ließe. Die Antwort des Staates auf Gewalt wäre verstärkte Repression, was ihn über kurz oder lang als Polizeistaat demaskieren würde, sodaß die Bevölkerung gezwungen wäre, den Widerstand aufzunehmen.

Die militante Linke hatte das erste Mal von sich reden gemacht, als Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein im April 1968 Brandsätze in einem Frankfurter Kaufhaus legten, um gegen die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber dem Vietnam-Krieg und insbesondere gegen das Massaker von My-Lai zu protestieren.

Nach der Befreiung des in Berlin einsitzenden Andreas Baader am 14. Mai 1970 veröffentlichte die RAF ihre erste Erklärung und kündigte an, die Rote Armee aufbauen zu wollen.

Im September 1970 wurden als Geldbeschaffungsmaßnahme für die Organisation drei Banken in Berlin überfallen.

Am 18. Oktober 1970 kam es zur Festnahme der RAF-Mitglieder Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Irene Goergens und Ingrid Schubert.

Rechtsanwalt Horst Mahler war bereits am 9. Oktober verhaftet worden.

Die Abendschau brachte an diesem Tag die Pressekonferenz der Polizei, in der ausführlich geschildert wurde, wie es zur Verhaftung von Mahler, Berberich, Asdonk, Goergens und Schubert in der Berliner Knesebeckstraße gekommen war. Polizei und Staatsanwaltschaft nutzten ab diesem Zeitpunkt die SFB-Abendschau als Podium, um sich an die Bevölkerung zu wenden.



Die RAF hatte den Schritt vom Protest gegen den Vietnam-Krieg in die Kriminalität, von der Bewegung der Straße in den Untergrund vollzogen. Der Staat und die Medien reagierten, indem sie die Angehörigen der Organisation als Kriminelle verfolgten. Dieses wurde durch den Umstand erleichtert, daß die RAF ihre politischen Ziele nicht vermitteln konnte. Die noch vorhandene Solidarität der Linken mit Horst Mahler, begründet durch seine Tätigkeit als APO-Anwalt, wurde in die Kriminalisierung einbezogen und trug auf diese Weise zur Radikalisierung bei.

Anfang März 1971 wurde Mahler wieder einmal inhaftiert - diesmal für drei Tage wegen "ungebührlichen Benehmens".

Die Abendschau berichtet darüber am 7.3.1971:

"Die etwa 3000 Demonstranten hatten sich gegen 15 Uhr vor der Gedächtniskirche versammelt und zogen dann über die Hardenbergstraße zum Untersuchungsgefängnis Moabit, um Rechtsanwalt Mahler zu begrüßen."<sup>235</sup>

Im Bild sind Demonstranten zu sehen, dann ein Transparent mit der Inschrift "Solidarität gegen die Klassenjustiz".

"Mahler war wegen ungebührlichen Benehmens zu drei Tagen Haft verurteilt, nach inoffiziellen Angaben aber schon vor Eintreffen der Demonstranten entlassen worden."

Im Bild ist der Demonstrationzug von vorne zu sehen, die Demonstranten bilden eine Kette und rennen. Die Lautsprecher-Rufe "Bambule, Bambule" läßt der Reporter freistehen.

"Vor dem Gefängnis hatte die Polizei die Straßenseite abgeriegelt. Erstmals wurden die neuen Helme, Schutzschilde und Mannschaftswagen eingesetzt."

Dieser Text wird vom Bild unterstützt, zu sehen ist eine Absperrung sowie Polizisten mit der neuen Ausrüstung.

"Demonstranten bewarfen Polizisten und Journalisten mit Schneebällen

---

<sup>235</sup> Berliner Abendschau vom 7.3.71, SFB-Fernseharchiv

und Knallfröschen, es kam jedoch zu keinen nennenswerten Zwischenfällen.”

Dazu ist im Bild nur der Demonstrationzug zu sehen, allerdings ohne daß Gegenstände geworfen würden.

“Gegen 17 Uhr löste sich die Demonstration nach kurzer Kundgebung auf.” Der restliche Originalton steht frei, durch das Megaphon ertönt: “Freispruch für Mahler, Springer in den Knast!”

Bis auf die Text/Bild-Schere in puncto Schneeball- und Knallfroschwerfen macht der Bericht einen sachlichen Eindruck, vermittelt aber doch das Befremden des Reporters über die Tatsache, daß 3000 Demonstranten auf die Straße gingen, um RA Mahler zu unterstützen. Der Hinweis, daß dieser schon entlassen worden sei, zielt auch in diese Richtung. Die Botschaft, die dahinter steckt, lautet, daß der Rechtsstaat souverän agiert und sich nicht von Demonstrationen beeinflussen läßt. Mit dieser Art von Berichten kam der SFB zwar seiner Informationspflicht nach, nutzte aber die Gelegenheit, bereits gefestigte Meinungen und Vorurteile der Zuschauer zu bestärken.

Im Vergleich zu den Jahren 1967/68 war die Zahl und die Bedeutung der Demonstrationen deutlich zurückgegangen. Die nur noch sporadischen Aktionen und die infolgedessen reduzierte Berichterstattung bedienten nicht mehr im gewohnten Maße die Sensationslust der Zuschauer. Die Akteure der ehemaligen APO wurden in ihrem Tun und Handeln aber weiter von den Medien verfolgt: Teufel, Kunzelmann und Mahler waren nach wie vor Figuren von öffentlichem Interesse. In dem Maße, wie die Zahl der Demonstrationen und die Menge der Teilnehmer abnahm, wurde die Bewegung individualisiert.

An der Universität hatte sich inzwischen eine Gegenbewegung gegen die inzwischen vorgeblich von Linken und Marxisten beherrschten Universität gebildet. In dem Beitrag “FU-Streik” vom 8. Januar 1970 wird über den Streik der Professoren am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut berichtet.

Zunächst ist ein leerer Hörsaal zu sehen. Dazu führt der Reporter aus: "Der Grund für die Lahmlegung des Lehrbetriebs ist die Forderung der Roten Zellen, Prof. Bellinger möge der Einrichtung eines Tutoriums mit marxistischer Orientierung neben seiner Vorlesung zustimmen."<sup>236</sup>

Es folgt eine Stellungnahme des Dekans, der den Streik als begründet ansieht, da Mitglieder der Roten Zellen die Vorlesung des Kollegen gestört hätten und ihn zwingen wollten, dieses Tutorium einzurichten.

Dem widerspricht FU-Präsident Kreibich, der die Reaktion der Professoren als überzogen ansieht und die Forderung der Studenten im Kern für richtig hält.

Im Sinne der Ausgewogenheit läßt der Abendschau-Beitrag beide Seiten zu Wort kommen; die Professoren-Meinung wird allerdings ausführlicher dargestellt.

Hier fällt auf, daß sich das Kräfteverhältnis an der Universität tatsächlich zugunsten der Linken verschoben hatte und daß die Konservativen in die Defensive geraten waren. Die Abendschau wollte ihnen im Sinne ihrer ebenfalls konservativen Zuschauer zumindest ein Forum geben. Am 19. Juni konnte sie über die Gründung der "Notgemeinschaft für eine freie Universität" berichten. Diese war nach eigener Definition ein Zusammenschluß von "Studenten und Bürgern, um die Freiheit der Universität zu verteidigen, insbesondere die Freiheit des Lernens gegen eine Kaderschule für neue Linke"<sup>237</sup>.

Ihr Sprecher, Prof. Nipperdey, wandte sich gegen "terroristische Maßnahmen wie Go-ins und den Abbruch von Lehrveranstaltungen" und hielt FU-Präsident Kreibich eine verfehlte Pressepolitik vor, da dieser behauptet hatte, 90 % des studentischen Betriebes würden einwandfrei funktionieren.

---

<sup>236</sup> FU-Streik, Sendung vom 8.1.70, SFB-Fernseharchiv

<sup>237</sup> Berliner Abendschau vom 19.6.1970, SFB-Fernseharchiv

Die Studentenbewegung hatte inzwischen auch auf die Schüler übergegriffen, die im Jahre 1971 das erste Mal für ihre Forderungen auf die Straße gingen. Kürzungen im Bildungsbereich waren der Anlaß; Schulsenator Carl-Heinz Evers war bereits zurückgetreten, weil der Berliner Senat mit seiner mittelfristigen Finanzplanung den von Evers errechneten Bedarf nicht berücksichtigte. Am 10. März 1971 berichtete die Abendschau durchaus wohlwollend über den friedlich verlaufenden Protestmarsch.

Im Juli 1971 standen nach 14 Monaten Untersuchungshaft drei Mitglieder des "Blues", einer militanten anarchistischen Gruppe, vor Gericht. Georg von Rauch, Bommi Baumann und Thomas Weißbecker sollten Bomben- und Brandanschläge begangen haben. Nach der Urteilsverkündung und der Gewährung für Haftverschonung für Weißbecker und Baumann verließ anstelle Weißbeckers Georg v. Rauch den Gerichtssaal. Er tauchte in den Untergrund ab und wurde am 4. Dezember 1971 in Schöneberg von einem Kriminalbeamten durch Kopfschuss auf offener Straße getötet.

Am 6. Dezember stellte Moderator Gerhard Lenz zunächst Fahndungsphotos von Meinhof, Raspe, Ensslin, Baader, Grashof, Herzog, Meins, Braun und Reinders vor. Dann erst kam er auf die Schießerei in der Eisenacher Str. zu sprechen, bei der Georg von Rauch erschossen wurde. Nach einem Gespräch, das Lenz mit Polizeipräsident Hübner führte, wandte sich dieser direkt an die Zuschauer und forderte die Bevölkerung zur Mitarbeit bei der Fahndung nach den RAF-Mitgliedern auf.

Anschließend wandte er sich noch mit einem Aufruf an die "Gruppe", wie er die Untergetauchten nannte:

"Es hat wirklich keinen Zweck mehr. Man sollte aufhören, es weiter darauf abzusehen, daß Blut vergossen wird. Die Gruppe sollte sich stellen, damit mit allem ein Ende gemacht wird."<sup>238</sup>

Dieser Aufruf wurde von der Abendschau unkommentiert gesendet - die

---

<sup>238</sup> Berliner Abendschau, 6.12.71, SFB-Fernseharchiv

Journalisten überließen damit dem Staat das Feld.

Am 9. Dezember kam es zur Besetzung des ehemaligen Bethanien-Krankenhauses, das in Georg v. Rauch-Haus umbenannt wurde. Am 22.12. berichtete die Abendschau über das besetzte Haus, allerdings nur über das Jugendprojekt selbst, ohne den Bezug zu Georg von Rauch herzustellen.

Das Jahr 1971 war, was die außerparlamentarische Bewegung anbelangt, relativ ereignislos - zumindest war der Abendschau keine Demonstration außer der Schülerdemonstration wert, darüber zu berichten. Die Linke erschien nur in Gestalt der Angeklagten des "Blues" und der Fahndung nach den Mitgliedern der RAF in der Berichterstattung. Der Tod Georg von Rauchs wurde nicht kritisch hinterfragt.

Für die Stadt Berlin waren im selben Jahr die Verhandlungen zwischen Egon Bahr, Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Michael Kohl, Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, über ein Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin relevant.

Die Ost-West-Frage war von der sozialliberalen Koalition erneut auf die Tagesordnung gesetzt worden. Auch im SFB wurde die Thematik berücksichtigt. Bereits am 7.1.69 wurde in der Sendereihe "Forum" die Frage gestellt: "Was halten Sie von Ulbricht?"

Hans Dieter Jaene sowie jeweils ein CDU-, SPD- und FDP-Politiker diskutierten über die DDR und die Ostpolitik der BRD unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus einer demoskopischen Befragung von Bundesbürgern.

Der Stand der Verhandlungen bis zur Unterzeichnung des Transit-Abkommens am 20.12.1971 wurde von der Abendschau regelmäßig und mit einem Tenor der Zustimmung begleitet. Obwohl im Viermächte-Abkommen vom 3.9.1971 die Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik fixiert wurden, war die Reaktion der Bevölkerung auf die

Annäherung an die DDR laut Hurwitz eher von Bedenken geprägt:

“...Darüberhinaus läßt sich feststellen, daß die begrenzte, aber doch recht deutlich gewordene polarisierende Wirkung, die in Berlin von den Angriffen der Opposition (also sowohl der CDU und mehr noch der Springer-Presse) auf die Ostpolitik der Bundesregierung und des Senats ausgegangen ist, eher das Potential an Zweifel aktiviert hat als das Selbstvertrauen der Westberliner und ihr Vertrauen an die Westmächte. Offenbar wird hier stärker an die Furcht appelliert, die dem tradierten Widerstandskonsens unterliegt, als an die Gelassenheit, den vorsichtigen Optimismus und andere tradierte Haltungskomponenten, die entstanden sind, um diese Furcht rational zu bewältigen.”<sup>239</sup>

Auch nach dem Abflauen der Studentenbewegung wurde im Dritten Programm die intellektuelle Auseinandersetzung mit ihren Ursachen weiter gesucht. Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der FU Berlin zeigte der SFB am 15.1.1969 eine Dokumentation über deren Geschichte mit dem Titel “Teach in - in Dahlem”.<sup>240</sup> Nach einem chronologischen Abriß von der Gründung der Hochschule bis zu den Auseinandersetzungen während der Studentenbewegung kamen die Professoren Heinitz und Gollwitzer sowie einige Assistenten zu Wort.

Daß Marxismus modern und Gesellschaftskritik en vogue war, läßt sich an zahlreichen Sendungen des Dritten Fernsehprogramms belegen. Selbst in einer Dokumentation aus dem Jahre 1970 über den Berliner Bundesligisten Hertha BSC hielten gesellschaftskritische Thesen Einzug: “Organisierter Fußballsport - ein Phänomen unserer Gesellschaft. Läßt sich dieses Phänomen allein mit Marx oder Marcuse erklären? Reicht die dialektische Akribie der Linksintellektuellen aus, um uns zu sagen, was uns Fritz Walter und Uwe Seeler in Wirklichkeit bedeuten? 22 Beine als

---

<sup>239</sup> Harold Huwitz, Vortrag über die Einwirkungen zeitgeschichtlicher Entwicklungen..., am 17. März 1972, S. 41/42

<sup>240</sup> Teach-in - in Dahlem, 15.1.1969, Drittes Programm SFB-FS, SFB-Fernseharchiv

Kriegsersatz - Welch ein Fortschritt!"<sup>241</sup>

Die Jahre 1969-71 zeigten die ersten Spuren einer Assimilierung der Studentenbewegung. Marxismus war kein Tabu mehr, der Ostblock und insbesondere die DDR wurden zu Verhandlungspartnern. Die SPD in der Regierungsverantwortung setzte nicht mehr auf Konfrontation, sondern versuchte, die deutsch-deutschen Beziehungen schrittweise zu verbessern.

In den Universitäten waren die Konservativen auf dem Rückzug. Gerade der aufkommende scheinbare gesellschaftliche Wandel, der die Widersprüche des Kapitals zudeckte, war für radikale Gruppen wie RAF oder Bewegung 2. Juni Anlaß, durch militante Aktionen diese Widersprüche aufzudecken und autoritäre Reaktionen des Staates zu provozieren.

Für progressive Journalisten im SFB hieß das, daß sie mit einem neuen Phänomen konfrontiert wurden. Die Radikalisierung der Linken, insbesondere die Aktionen der militanten RAF und Bewegung 2. Juni, konnten nicht mehr wohlwollend-kritisch begleitet werden wie vormals die Studentenbewegung. Hier war von Anfang an Distanzierung gefragt. RAF und 2. Juni wurden als Kriminelle eingestuft und ihre Taten auch als solche journalistisch behandelt. Die Fahndungsaufrufe der Polizei, die in der Abendschau veröffentlicht wurden, wurden selbstverständlich unterstützt; es gab keine Diskussion darüber, daß sich der Sender gewissermaßen funktionalisieren ließ.

#### 4.3 Radikalenerlaß und Bewegung 2. Juni

Am 5. Januar 1972 befaßte sich die Abendschau nochmals mit dem Fall Georg v. Rauch. Zunächst wurde der Tatort in der Eisenacher Straße mit

---

<sup>241</sup> Berliner Fenster, Alltag einer Bundesligamannschaft, 12.11.1970, SFB-Fernseharchiv

den Spuren der Schießerei, Patronenhülsen u.ä. gezeigt. Der Reporter sagte, daß nicht einwandfrei geklärt sei, ob der Verdächtige der Baader-Meinhof-Bande angehöre (der Terminus Baader-Meinhof-Bande hatte sich sehr schnell als Bezeichnung für die RAF eingebürgert). Das Gutachten hätte ergeben, daß v. Rauch durch einen Schuss durch das rechte Auge getötet worden sei. Die Tatwaffe sollte eine Walther PK 7,65 mm gewesen sein, wie sie der Polizeihauptmeister Schulz trug. Ein SFB-Reporter befragte Staatsanwalt Severin zu dem Fall und wollte wissen, ob es zuträfe, daß der Schuss aus geringer Entfernung abgegeben worden sei. Severin verneinte dies. Der Reporter hakte in mehreren Punkten nach - ob es nicht so wäre, daß die Zeugen sich widersprächen und ob Polizeihauptmeister Schulz als Täter in Frage käme. Severin verwies auf die laufenden Ermittlungen, die innerhalb von 14 Tagen abgeschlossen sein sollten.

Am 10. Januar wurde nochmals über die Tatort-Rekonstruktion berichtet und am 11. Januar über die Beratungen der Parteigremien hinsichtlich der Polizeiführung. Es scheint, daß auch die Abendschau sich etwas kritischer gegenüber dem Verhalten der Polizei gab als noch gut vier Jahre zuvor bei der Erschießung Benno Ohnesorgs.

Andererseits fand, im Gegensatz zu den Anfängen der Studentenbewegung, die inhaltliche Auseinandersetzung mit der militanten Fraktion nicht mehr statt. Dadurch wurden Gruppen wie die Bewegung 2.Juni, Tupamaros, Blues und RAF mit gewöhnlichen Kriminellen gleichgesetzt. Auch im intellektuellen Dritten Programm waren keine Beiträge zum Thema Anarchismus und Gewalt zu verzeichnen. Das heißt, daß in dem Maße, wie die linke Theorie auf dem Rückzug war und stattdessen Militanz die Szene beherrschte, in der öffentlichen Meinung die linke Bewegung kriminalisiert und entsprechend in den Medien, so auch im SFB, behandelt wurde.

Während über studentische Demonstrationen wenn schon nicht hintergründig, so doch wenigstens plakativ berichtet worden war und



zumindest durch die Bilder der Transparente bei Demonstrationen etc. Forderungen und Inhalte transportiert wurden, reduzierte sich z.B. die Berichterstattung über den Tod Georg von Rauchs auf reine Kriminalistik. Es gab einen gesellschaftlichen Konsens der Ausgrenzung und Verfolgung der militanten Ausläufer der linken Bewegung, der in den Sendungen des SFB, insbesondere in der Abendschau, reproduziert wurde.

Ansonsten stand das Jahr 1972 im Zeichen der Verhandlungen zwischen Bundesminister Egon Bahr und DDR-Staatssekretär Michael Kohl über die Grundlagen der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die am 21.12.1972 mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages abgeschlossen wurden. Der Vertrag sah die Anerkennung der DDR als gleichberechtigter und souveräner Staat vor, umging aber eine völkerrechtliche Anerkennung. Wie empfänglich man auf westlicher Seite für kritische Töne im Osten dem DDR-System gegenüber war, zeigt die Wirkung, die ein Interview mit Prof. Havemann hervorrief, in dem er angeblich die DDR mit Nazi-Deutschland gleichgestellt hatte. In einem Telefon-Interview, das der SFB-Journalist Gerhard Förster am 26. Januar 1972 exklusiv in der Abendschau führte, stellte Havemann klar, daß er die DDR für den besseren deutschen Staat hielt<sup>242</sup>. In der DDR sei die Gefahr des Faschismus weitgehend überwunden und ausgeschaltet, wohingegen in der BRD die Tendenz zu faschistischen Rückfällen bestehe. Allerdings müsse er auch zugestehen, daß die Wahlen in der DDR keine echten Wahlen wären.

Gerhard Förster, der das Interview führte, gab zwar vor, daß es nur darum ginge, Havemann die Gelegenheit der Richtigstellung zu geben; man hatte aber den Eindruck, daß es ihm und vermutlich noch dem einen oder anderen Journalisten lieber gewesen wäre, Havemann hätte tatsächlich die DDR mit Nazi-Deutschland verglichen. In jedem Fall konnte die

---

<sup>242</sup> Berliner Abendschau vom 26.1.1972, SFB-Fernseharchiv

Abendschau durch den direkten Draht zu Havemann Kompetenz beweisen.

In der gleichen Ausgabe wurde nochmals über eine Pressekonferenz der "Notgemeinschaft für eine freie Universität" berichtet.

Prof. Donnes für die Notgemeinschaft forderte eine Novellierung des Hochschulgesetzes, und zwar erstens die Erweiterung der Mitbestimmung durch Parlamentarier, zweitens ein neues Mitbestimmungsmodell und drittens eine Überwachung der Leistungsstandards im Internationalen Verbund. Es sei von Nachteil, daß am Otto-Suhr-Institut die Zwischenprüfung abgeschafft und durch eine obligatorische Studienberatung ersetzt worden sei.

Prof. Nipperdey monierte, daß die Lehrveranstaltungen bei den Geisteswissenschaften zu 50 % marxistisch orientiert seien, die Studenten würden indoktriniert.

Im Verlaufe der weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Professoren der Notgemeinschaft einerseits und den Studenten und FU-Präsident Kreibich andererseits kam es am 3. Februar 1972 zur Schließung des Otto-Suhr-Instituts. Am 10. Februar wurde die Krise an der FU im Abgeordnetenhaus behandelt. Die Abendschau berichtete jeweils darüber. Die Vorzeichen hatten sich doch merklich geändert - die Ereignisse an der FU wurden jetzt vom in der Minderheit befindlichen konservativen Teil der Professorenschaft bestimmt, die in Opposition zur marxistischen Linken standen. Die Aktivitäten der Linken bestanden in nur mehr gelegentlichen Demonstrationen (immer noch ein Thema: Vietnam), die sich aber zunehmend radikalisierten und mit Sachbeschädigungen einhergingen. Die ehemalige studentische Linke wurde mehr und mehr gezwungen, zu den politischen Aktionen der militanten Gruppen Stellung zu nehmen. Diejenigen, die den Marsch durch die Institutionen propagierten, sollten durch den Ende Januar von der Innenministerkonferenz unter Bundeskanzler Brandt verabschiedeten Radikalenerlaß daran gehindert

werden. Fortan mußten sich Bewerber für den öffentlichen Dienst Gesinnungsprüfungen unterziehen.

Brandt selbst war nach der Anerkennung der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung<sup>243</sup> als "Vaterlandsverräter" in die Kritik geraten. Dennoch überstand er ein Mißtrauensvotum der CDU/CSU im Jahre 1972. Aus den anschließenden Neuwahlen ging die SPD gestärkt hervor.

In dieser Phase kann man von einer Konsolidierung des Systems sprechen; die APO war weitgehend assimiliert, die SPD hatte den "Verrat", den sie in den Augen der Linken mit der Großen Koalition begangen hatte, unbeschadet überstanden und war nicht zuletzt wegen ihrer flexiblen Ostpolitik wieder wählbar geworden.

Am 9. Juni 1972 gab es weitere Festnahmen von der RAF zugerechneten Personen. In der Abendschau berichtete Reporter Wolfgang Hanel über die Verhaftung von Brigitte Mohnhaupt und Bernhard Braun als "Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande" und ließ den Fahndungserfolg von Polizeipräsident Manfred Kittlaus kommentieren. Mit der Benutzung des Begriffs "Baader-Meinhof-Bande" setzte die Abendschau ein deutliches Zeichen. In der medialen Öffentlichkeit war diese Bezeichnung politisch korrekt; wer stattdessen "Baader-Meinhof-Gruppe" sagte, war schon hinreichend als Sympathisant verdächtig.

In den Tagen zuvor waren im Bundesgebiet Andreas Baader, Jan-Karl Raspe, Holger Meins, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof festgenommen worden.

Mit Beginn der Aktionen von RAF, Blues und 2. Juni und dem Abtauchen einiger ihrer Mitglieder bekam die Abendschau eine neue Funktion: sie wurde gewissermaßen zum "Fahndungsfernsehen" und unterstützte die

---

<sup>243</sup> Moskauer Vertrag vom 12. August 1970

Polizei bei ihren Ermittlungen, indem sich diese mit Aufrufen direkt an die Zuschauer wenden konnte.

Dabei waren die Jahre 1972/73 gewissermaßen noch die Ruhe vor dem Sturm: Die militanten Gruppen, allen voran die RAF, waren mit logistischen Maßnahmen und der Vorbereitung von Anschlägen beschäftigt. Es liefen Kampagnen gegen die Haftbedingungen von Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe, die auch von einer größeren Anzahl unter der Intellektuellen getragen wurde. Wiederum ging der Staat zunächst ungeschickt vor, indem er durch übertriebene und unnötige Härte eine Solidarisierung mit den Inhaftierten provozierte, obwohl die Politik der RAF ansonsten bei der Linken keine Unterstützung fand.

Beim SFB hielt die ebenfalls durch die Studentenbewegung beförderte Frauenemanzipation Einzug. Seit dem 27.11.1971 moderierte in der Person von Evelyn Lazar das erste Mal eine Frau die Berliner Abendschau. Die vom Personalrat am 1.12.1971 beschlossene Anerkennung der Redakteursversammlung als Berufsgruppenvertretung, die einherging mit einer Dienstvereinbarung zwischen Intendanz und Personalrat über Bildung, Anhörung und Information der Berufsgruppenvertreter stärkte die Position der Redakteure. Am 4.7.1972 wurde Franz Barsig für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt - eine gute Voraussetzung für die Fortsetzung eines demokratischen Führungsstils im Hause.

Zu Protesten von Seiten der Zuschauer und -hörer kam es, als der SFB am 27.10.1972 das Ende seiner Zusammenarbeit im Dritten Programm mit dem NDR und eine neue Struktur des Hörfunkprogramms ankündigte. Es bildete sich daraufhin eine "Demokratische Hörerinitiative", die zwar die Einführung der neuen Programmstruktur des Hörfunks nicht verhindern konnte, wohl aber das Ende der Kooperation mit dem NDR im Fernsehen. Ab dem 6.5.1974 wurde mit der Einführung eines regionalen Hörfunkprogramms für Türken und Jugoslawen der Tatsache Rechnung getragen, daß aus diesen Ländern immer mehr Arbeitnehmer in die Stadt

kamen.

Insbesondere ab dem Jahr 1974 waren die Aktivitäten der untergetauchten Stadtguerilla und die Fahndung nach ihren tatsächlichen oder vermeintlichen Mitgliedern tagelang beherrschendes Thema in der Abendschau.

Am 5. Juni 1974 wurde über einen Mord im Grunewald berichtet. Der Getötete mit Namen Ulrich Schmücker sollte Mitglied der Bewegung 2. Juni gewesen sein. Die Politische Polizei vermutete die Täter in diesem Umfeld. Auch hier wurde der Beitrag mit Fragen an die Bevölkerung verknüpft. Wer etwas Verdächtiges bemerkt habe, solle sich bei der Polizei melden. Wie sich später herausstellte, war Schmücker Agent des Verfassungsschutzes.

Am 13. September begannen die politischen Gefangenen von RAF und Bewegung 2. Juni einen Hungerstreik gegen die Sonderhaftbedingungen und für die Verlegung in den normalen Vollzug.

Am 9. November starb Holger Meins nach neun Wochen Hungerstreik, tags darauf kam es in der Bundesrepublik und West-Berlin zu massiven Demonstrationen und Straßenschlachten.

Am 10. November wurde Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann von einem Kommando der Bewegung 2. Juni bei einem Entführungsversuch erschossen. Damit begab sich die selbsternannte Speerspitze der Linken endgültig auf kriminelles Terrain und drängte die linke Bewegung selbst in die Defensive. Eben noch im Recht, weil sie die Haftbedingungen und den Tod Holger Meins anprangerte, war die Linke gezwungen, sich von dieser Tat zu distanzieren. Es begann eine Sympathisantenjagd, die nicht davor haltmachte, Schriftsteller wie Grass oder Böll der geistigen Mittäterschaft zu bezichtigen. Am 21.11.1974 sprach Matthias Walden in der Spätausgabe der Tagesschau im Anschluß an einen Bericht über die Trauerfeier für von Drenkmann einen Kommentar, in dem er den Namen Heinrich Bölls in Zusammenhang mit

dem politischen Terrorismus brachte.

Nachdem die Abendschau am 11. November einen nüchternen Bericht über den Tathergang brachte, verbunden mit einem Fahndungsaufruf, hatte die Sendung vom 12. November zwar die "Ausschreitungen in der Innenstadt" zum Thema, nannte aber nicht den Grund, der dazu führte. Da die Anmoderation nicht mehr erhalten ist, steht zu vermuten, daß dort zumindest erwähnt wurde, daß die Demonstranten wegen des Todes von Holger Meins auf die Straße gegangen waren.

Am 21.11. wurde ausführlich über die Schweigemärsche der bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften zur Trauerfeier für Günter von Drenkmann berichtet.

Am 26.11. wurde die Kanzlei des linken Anwaltkollektivs Eschen, Ströbele und Spangenberg durchsucht. Hier ließ die Abendschau die Anwälte zu Wort kommen und das rüde Vorgehen der Polizei beklagen. Anschließend wurde Staatsanwalt Holland befragt. Er begründete das Vorgehen der Beamten mit §129 - Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Daß kein richterlicher Durchsuchungsbefehl vorlag, rechtfertigte er damit, daß Gefahr im Verzug gewesen wäre.

Dadurch, daß beide Seiten - die betroffenen Anwälte und die Staatsanwaltschaft - sich äußern, scheint die Objektivität des Beitrags gewährleistet. Die Reihenfolge der Aussagen ist aber auch von Bedeutung, da die letzte Äußerung in der Regel das meiste Gewicht hat; ob das in diesem Fall so beabsichtigt war, sei dahingestellt.

Auch für die Ereignisse des Jahres 1974 gilt, daß es wie ein merkwürdiger Zufall aussah, daß in dem Moment, wo eine Mobilisierung der Linken wegen der Haftbedingungen der RAF-Häftlinge und des Todes von Holger Meins erfolgte, es kurz darauf ein Opfer auf der "anderen Seite" gab. Angesichts der Ermordung Günther von Drenkmanns war die Linke wiederum im Legitimationszwang; die Empörung in den bürgerlichen

Medien über diese Tat überlagerte jede potentielle Kritik an der Behandlung der RAF-Häftlinge. Es fragt sich, ob die "Bewegung 2. Juni", die sich für den Entführungsversuch mit Todesfolge verantwortlich erklärt hatte, so kurzsichtig war oder ob vielleicht geheimdienstliche Apparate hinter der Aktion steckten.

In jedem Fall hatte der Rechtsstaat mit dem §129 ein optimales Instrument geschaffen, um Anwälte bei der Verteidigung ihrer Mandanten zu behindern und potentielle RAF-Sympathisanten abzuschrecken. Dabei implizierte der Tatvorwurf der "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung", daß es sich bei RAF und 2. Juni nicht um politische Gruppen, sondern um Kriminelle handelte. Nach dem Prinzip, wie Foucault es in "Überwachen und Strafen" beschreibt, wurde der Mehrheit der bürgerlichen Gesellschaft hier einmal mehr die Möglichkeit gegeben, sich durch die Ausgrenzung des Negativen positiv zu definieren. Im übrigen mußte die Formulierung "Gefahr im Verzug" in Zukunft immer als Vorwand erhalten, wenn die Voraussetzungen für richterliche Durchsuchungen nicht gegeben waren.

Zwei Ereignisse des Jahres 1974 beeinflussten die weitere innen- und außenpolitische Entwicklung - zum einen der Rücktritt Willy Brandts infolge der Guillaume-Affäre und zum anderen der Rücktritt Richard Nixons wegen der Watergate-Affäre. Die USA erlebten mit der Wahl des Demokraten Jimmy Carter einen moderaten Linksruck, während auf Brandt in Deutschland mit Schmidt ein rechter Sozialdemokrat folgte. Obwohl Brandt mit dem Radikalerlaß eine repressive sozialdemokratische Politik eingeläutet hatte, wäre mit ihm der harte staatliche Kurs der folgenden Jahre nicht durchführbar gewesen, was wiederum vermutlich einen vorzeitigen Regierungswechsel zur Folge gehabt hätte.

Was den Sender Freies Berlin anbelangt, so war von Bedeutung, daß das

Abgeordnetenhaus am 29.7.1974 eine Änderung in den Statuten des SFB vornahm.<sup>244</sup>

- Die Anzahl der Rundfunkratsmitglieder (mit Stimmrecht) wurde von 21 auf 24 erhöht
- Der Verwaltungsrat wurde um zwei vom Personalrat gewählte Mitglieder erweitert
- Der §3 des Gesetzes wurde um das Element der "Ausgewogenheit" ergänzt - die "Gesamtheit" der Sendungen der einzelnen Programmsparten mußte inhaltlich ausgewogen sein
- Die Sitzungen des Rundfunkrates wurden für öffentlich erklärt. Insbesondere die Ergänzung des §3 mit der Festschreibung der inhaltlichen Ausgewogenheit des Programms erfolgte mit dem Ziel, die vorgebliche Linkslastigkeit des Senders zu korrigieren.

Das wichtigste Ereignis für die Stadt im Jahre 1975 waren die Abgeordnetenhaus-Wahlen und die Entführung des Spitzenkandidaten der CDU, Peter Lorenz, am 27. Februar des Jahres.

Mit dieser Aktion der Bewegung 2. Juni sollten sechs Gefangene freigelassen und in die Volksrepublik Jemen ausgeflogen werden. Es handelte sich um Gabriele Kröcher-Tiedemann, Rolf Heißler, Ina Siepmann, Verena Becker und Horst Mahler. Letzterer aber lehnte seine Befreiung ab und verlas eine entsprechende Erklärung in einer Sondersendung der Abendschau vom 1. März 1975:

"Die Entführung des Volksfeindes Peter Lorenz als Mittel zur Befreiung von politischen Gefangenen ist Ausdruck einer von den Kämpfen der Arbeiterklasse losgelösten Politik, die notwendig in einer Sackgasse enden muß. Die Strategie des individuellen Terrors ist nicht die Strategie der Arbeiterklasse!"<sup>245</sup>

---

<sup>244</sup> Änderung der SFB-Satzung durch das Berliner Abgeordnetenhaus am 29.7.1974

<sup>245</sup> Berliner Abendschau - Sondersendung vom 1.3.1975, SFB-Fernseharchiv



Mahler kritisierte den Ausschluß von fortschrittlichen Gewerkschaftlern, die Berufsverbote sowie die Einschränkung der Verteidiger-Rechte nach faschistischem Vorbild. Die Einführung des Belagerungszustandes sei der herrschenden Klasse durch den Vorwand der Bekämpfung des Terrors erleichtert worden.

Der Weg zum Sturz der Ausbeuterklasse führe allein über die revolutionäre Mobilisierung der Werktätigen unter Führung der KP. In dieser Meinung fühle er sich durch den Kampf gegen das Atomkraftwerk in Wyhl und für die Bethanien-Kinderklinik bestätigt.

Er erklärte noch einmal, daß er nicht ausgeflogen werden wolle und schloß mit dem Satz: "Vorwärts mit der KPD!"

Nach der Erklärung Mahlers zitierte der Moderator der Sondersendung, Harald Karas, den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl:

"Jetzt muß mit äußerster Entschlossenheit und allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Gewalt und dem Terror ein Ende gemacht werden."<sup>246</sup>

Anschließend folgte ein Bericht über die Großfahndung der Polizei, verbunden mit dem Aufruf an die Zuschauer, sachdienliche Hinweise zu geben.

Am selben Tag wurde einer weiteren Forderung der Entführer, nämlich der Entlassung zweier bei der Holger-Meins-Demonstration verhafteter Demonstranten, stattgegeben.

Am 3. März flog Pastor Albertz mit den fünf freigelassenen Gefangenen von RAF und Bewegung 2.Juni in die Volksrepublik Jemen. Bei seiner Rückkehr am 5.März wurde er direkt vom Flughafen Tegel ins Abendschau-Studio geleitet, um dort eine Botschaft der Freigelassenen zu verlesen.

Polizeipräsident Hübner äußerte seine Dankbarkeit darüber, daß das deutsche Fernsehen sich wieder zur Verfügung gestellt habe, um

---

<sup>246</sup> Ebd.

Mitteilungen an die Entführer von Peter Lorenz zu vermitteln. Er wies darauf hin, daß damit strafbare Handlungen nicht gefördert würden. Dann wandte er sich direkt an die Entführer mit der Bitte, durch ein bestimmtes Erkennungszeichen mit der Polizei in Kontakt zu treten. Dem SFB kam also in dieser heißen Phase der Auseinandersetzung linker Gruppen mit dem Staat eine eminent wichtige Bedeutung zu. Gegenüber dem RIAS, der natürlich auch fortlaufend berichtete, hatte er den Vorteil der Bimedialität. Bei der Inszenierung von realen Kriminalgeschichten mit Kommissaren, Verdächtigen und Reportern hatte das Fernsehen dem Rundfunk natürlich einiges voraus. Fahndungsphotos und Tatwaffen, Kleidungsstücke und Täterfahrzeuge konnten gezeigt, Nachrichten direkt übermittelt werden. Diesen Vorteil des Mediums benutzten sowohl die Täter als auch die Ermittler. Mahler z.B. konnte sich sicher sein, daß sein Auftritt von den Entführern gesehen wurde und er versuchte gleichzeitig, diese Bühne für seine politische Agitation zu nutzen.

Diese Propaganda, die eigentlich nicht mit dem zu vereinbaren war, was Franz Barsig in der Diskussion mit den APO-Vertretern als legitim formuliert hatte, wurde für ein höheres Ziel in Kauf genommen. Dabei hat es den Anschein, als sollte hier der Teufel (die Bewegung 2. Juni) mit dem Beelzebub (der KPD) ausgetrieben werden.

Der Hinweis des Polizeipräsidenten, daß strafbare Handlungen nicht durch das Veröffentlichen der Mitteilungen an die Entführer gefördert würden, zeigt, daß es dem Staat doch nicht ganz geheuer war, das Fernsehen auf diese Weise in den Fall einzubinden.

Innerhalb der Abendschau-Redaktion herrschte jedenfalls Einigkeit darüber, daß es selbstverständlich wäre, der Polizei bei Fahndungen nach den Mitgliedern der Bewegung 2. Juni oder der RAF behilflich zu sein. Letztendlich wurde auch die Relevanz des SFB dadurch befördert. Hier war er im wahrsten Sinne des Wortes Medium; er wurde zur Verkündung von Botschaften benutzt, war aber nicht in der Lage, selbst politisch zu agieren.

Daß andererseits die Politik Einfluß auf den Sender hatte, wird durch die vom Abgeordnetenhaus vorgenommene Satzungsänderung deutlich: die Forderung nach Ausgewogenheit des Programms unterstellte eine Linkslastigkeit, die künftig auf der Grundlage des § 3 besser korrigierbar sein sollte.

In den Tagen nach der Freilassung von Peter Lorenz geriet die Polizei in die Kritik, als sie bei diversen Razzien in Wohngemeinschaften ein Verhalten zeigte, das "inzwischen auch in Senatskreisen auf Kritik gestoßen ist" - so die Abendschau vom 6. März. Die Beamten hatten z.B. im Tommy-Weisbecker-Haus eine sinnlose Zerstörungswut an den Tag gelegt, Schlösser aufgebrochen, Öfen aus der Wand gerissen und Tränengas in den Wohnräumen versprüht.

SFB-Reporter Gerhard Förster führte in derselben Sendung ein Gespräch mit Kriminaldirektor Böttcher, der die Bevölkerung nochmals zur Mithilfe bei der Suche nach den Lorenz-Entführern aufrief und darauf hinwies, daß alle Informationen auf Wunsch vertraulich behandelt würden.

In der Ausgabe vom 7. März nahm Polizeipräsident Hübner zu den Vorwürfen Stellung, das Benehmen der Beamten bei der Durchsuchungsaktion wäre ein Rachefeldzug gewesen.

Er deutete an, daß es im Falle der Unverhältnismäßigkeit Verfahren geben würde, warb aber um Verständnis bei der Bevölkerung, weil die Polizei schon seit langem provoziert worden sei.

SFB-Reporter Richard Schneider fragte nach, ob es sich so darstelle, daß soziale Randgruppen terroristische Nachfolgegruppen produzieren würden und ob die Razzien nicht als "Aktion Wasserschlag" einzustufen seien.

Dies war im Rahmen meiner Untersuchung das erste kritisch geführte Interview, in dem ein Journalist der Abendschau über die Rolle des Stichwortgebers hinausging und unbequeme Fragen stellte.

Auch in der Sendung vom 14. März ging es wieder um die Fahndungsmethoden der Polizei, diesmal nahmen Innenminister Kurt

Neubauer und Polizeipräsident Hübner Stellung zu den Vorwürfen. Auch hier waren es kritische Fragen, die die Reporter Sander und Strebe stellten, wie z.B. nach personellen Konsequenzen der Verantwortlichen.

Am 28. April konnte die Kripo einen ersten Erfolg vorweisen: Gerald Klöpfer und Ronald Fritsch von der Bewegung 2. Juni wurden in einer Garage in Berlin-Tegel festgenommen. Über die Abendschau wurden am 29. April weitere Fragen an die Bevölkerung gestellt und eine Belohnung von 250 000 DM für sachdienliche Hinweise ausgesetzt.

Am 6. Juni wurde Till Meyer von zwei Beamten aus Nordrhein-Westfalen bei seiner Verhaftung angeschossen. Wieder wurde die Bevölkerung via Abendschau befragt, diesmal über den letzten Aufenthaltsort und die falschen Ausweispapieren von Meyer.

Am 10. September wurde die Festnahme der "vermutlichen Lorenz-Entführer Ralf Reinders, Inge Vielt und Juliane Plambeck"<sup>247</sup> vermeldet. Die drei waren in einer Ladenwohnung in der Steglitzer Birkbuschstraße angetroffen worden. Reporter Klaus Strebe befragte die Anwohner, ob sie denn nichts von den gesuchten Personen bemerkt hätten. Dies wurde verneint mit der Bemerkung, daß die Fahndungsphotos zu schlecht gewesen wären.

Am 15. September schließlich wurde auch der Ex-Kommunarde Fritz Teufel zusammen mit Gabriele Rollnick verhaftet. Zum Beweis für die Gefährlichkeit der beiden wurden durchgeladene Pistolen und ein Schrotgewehr präsentiert. Außerdem sollte Teufel 31 000 DM mit sich geführt haben. Polizeiinspektor Ganschow schilderte Strebe gegenüber die Festnahmen und fragte die Zuschauer, wer Angaben über den letzten Wohn- und Aufenthaltsort der beiden machen könne.

Der Ablauf der Abendschau-Sendungen im Zusammenhang mit der Fahndung und Ergreifung von Mitgliedern der Bewegung 2. Juni erinnerte an die in den sechziger und siebziger Jahren beliebte Krimi-Reihe "Dem

---

<sup>247</sup> Berliner Abendschau v. 10.9.75, SFB-Fernseharchiv

Täter auf der Spur“, bei der ebenfalls der Zuschauer in die Suche einbezogen wurde. Wie intensiv die Mitarbeit der Bevölkerung wirklich war, läßt sich schwer nachvollziehen; in jedem Fall war der Anreiz durch die in Aussicht gestellte Belohnung recht hoch.

Der SFB wirkte an dem erklärten Ziel der Polizei mit, das Beobachtungs- und Meldeverhalten der Bürger zu verändern. Insofern erfüllte er staatliche Funktionen und kann nicht als staatsfern bezeichnet werden.

Die Lorenz-Entführung markierte eine völlig neue Qualität “linker” Politik, die einerseits defensiv war - es ging darum, die “Genossen” aus dem Knast zu holen - und andererseits offensiv, denn die Staatsmacht wurde damit in Bedrängnis gebracht. Hier reagierte der Staat noch human, indem er bei Güterabwägung der Unversehrtheit und der Befreiung des Entführten die Priorität gab. In späteren Fällen kehrte sich dieses Prinzip um. Die Staatsräson wurde zum obersten Gebot erklärt, und die Geheimdienste spielten eine herausragende Rolle, wenn es darum ging, Geiseln zu befreien. Die Gründung der GSG 9 nach dem Vorbild des israelischen Geheimdienstes Mossad war eine Konsequenz auf das stümperhafte Vorgehen deutscher Kriminalbeamten bei dem Überfall palästinensischer Freiheitskämpfer auf das Olympiadorf in München 1972 und die anschließende Tötung israelischer Geiseln.

Die parzellisierte linke Bewegung verfolgte die Lorenz-Entführung mit gemischten Gefühlen, die bei den Spontis von Schadenfreude der offiziellen Berliner Politikerkaste gegenüber bis zu Bewunderung für den kriminalistisch gesehen gelungenen Coup reichte.

Die K-Gruppen hingegen, zu denen Horst Mahler während seiner Haft übergelaufen war, schmähten die Aktion als dem Volke nicht vermittelbar und dem Kampf der Arbeiterklasse für die “Befreiung vom Joch des Kapitals” abträglich. Die Weigerung Mahlers, mit den anderen Gefangenen zusammen ausgeflogen zu werden, machte dies mit aller Deutlichkeit klar.

Der SFB spielte in diesem Konflikt eine wichtige Rolle. Aufgrund seiner Bimedialität war er das geeignete Medium für Fahndungsaufrufe, Erklärungen an die Entführer u.ä. Während der Entführung selber war die Berichterstattung der Berliner Abendschau auffallend um Sachlichkeit bemüht. Die Kommentierung durch die Moderatoren im Studio jedoch, wie die von Harald Karas nach der Erklärung Mahlers, ging in die Richtung, daß der Staat mit Härte auf diese Provokation reagieren müsse. Nach der Freilassung von Peter Lorenz konzentrierte sich die Abendschau darauf, über die Fahndung nach den Entführern zu berichten, nicht ohne die Aktionen der Polizei kritisch zu begleiten.

Als weiteres Zeichen der Entspannung zwischen Ost und West wurde am 10.4.1975 unter der Federführung von NDR, WDR und SFB ein Korrespondenten-Studio der ARD in Ost-Berlin eingerichtet. Der erste Journalist, der diesen Posten bekleidete, war der spätere SFB-Intendant Lothar Loewe.

Das Jahr 1976 führte zu einer weiteren Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen Staat und Stadtguerilla, die inzwischen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ausgetragen wurde. Die weitere Einschränkung bürgerlicher Freiheiten nach der Einführung des Radikalenerlasses fand ihren Niederschlag in der Einführung der §§ 88a und 130a, die die Verbreitung oder auch nur den Besitz von Schriften, die Gewalt befürworten, unter eine Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren stellte.

Somit schien es, daß der Plan der RAF, nämlich die "Faschisierung des Staates" voranzutreiben, um ihn dann zu "demaskieren", aufgegangen sei. Nur fehlte die erwünschte Erhebung der Massen gegen die Repressalien. Die einzigen, die nach wie vor auf die Straße gingen, waren Studenten, Schüler und Intellektuelle. Deren Identifizierung mit der Politik der RAF

tendierte gen Null, als aber am 9. Mai Ulrike Meinhof in ihrer Zelle in Stuttgart-Stammheim erhängt aufgefunden wurde, führte das zur erneuten Solidarität und Verunsicherung in der linken Bewegung über die Frage, ob dem Staat ein Mord an Meinhof zuzutrauen wäre.

Am 22. Juni wurde in Berlin das Urteil im Schmücker-Prozeß gesprochen: Ilse Jandt wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, gegen die anderen Beteiligten wurden Jugendstrafen verhängt. Der Kronzeuge Jürgen Bodeux, der später als Verfassungsschützer enttarnt wurde, kam mit fünf Jahren Jugendstrafe davon.

Am 7. Juli brachen die Häftlinge Viett, Berberich, Rollnick und Plambeck aus der Frauenhaftanstalt in der Lehrter Straße aus. Die Polizei wollte nicht ausschließen, daß Anstaltsbedienstete bei der Flucht geholfen hätten. In der Abendschau wandte sich Kriminalinspektor Ganschow mit der Bitte an die Bevölkerung, darauf zu achten, ob irgendwo bislang unbekannte weibliche Personen auftauchten.

Am 22. Juli wurde Monika Berberich von einem Sonderkommando der Polizei auf dem Kurfürstendamm verhaftet, der Tatort wurde mit einer wie Berberich gekleideten Puppe rekonstruiert. Gerhard Lenz, Reporter der Abendschau, befragte den damaligen Leiter des polizeilichen Staatsschutzes, Manfred Kittlaus, in dessen Büro und wollte wissen, welche Fragen der Staatsschutz noch an die Zuschauer habe. Diese servile Art der Befragung kennzeichnete die konservative Reporterriege des SFB.

Als Folge des Ausbruchs aus der Frauenhaftanstalt wurden die verbliebenen politischen Häftlinge in die Untersuchungshaftanstalt Moabit verlegt. Justizsenator Hermann Oxfort übernahm die politische Verantwortung für die Flucht und trat zurück.

Mitte der siebziger Jahre war dringend eine Neuorientierung der Linken erforderlich; mit RAF und Stadtguerilla konnte sich nur ein verschwindend kleiner Teil der ehemaligen Studentenbewegung identifizieren. Der

Vietnam-Krieg, aus dem sich die Amerikaner in den Jahren 1971-73 kläglich verabschieden mußten, war kein Thema mehr, der Klassenkampf schon gar nicht. Mit der Planung eines Atomkraftwerkes in Brokdorf, von der Atomindustrie forciert und von der Regierung gestützt, bot sich der Linken ein neuer gemeinsamer Nenner. K-Gruppen, Spontaneisten, Troztkisten, Jusos: alle Strömungen waren dabei, als es am 13./14. November 1976 darum ging, den Bauplatz in Brokdorf zu besetzen. Dies war der Anfang der Anti-AKW-Bewegung, aus der etwas später die Alternative Liste und die Grünen hervorgehen sollten.

#### 4.4 Der heiße Herbst

Der großenteils aus dem Gefängnis heraus geführte Kampf der RAF gegen das System eskalierte im Jahre 1977. Die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback durch das RAF-Kommando Ulrike Meinhof am 7. April 1977 war das Fanal für eine von beiden Seiten mit letzter Konsequenz geführte Auseinandersetzung, bei der der legalistischen Linken nur die Rolle des Zuschauers blieb, der dazu verurteilt war, die Folgen zu tragen. Der Zwang zur Distanzierung nahm groteske Formen an - die Veröffentlichung des Artikels "Buback - ein Nachruf" in einer Göttinger Studentenzeitung, der mit "Mescalero" gezeichnet war und sich kritisch mit der Politik der RAF auseinandersetzte, aber auch eine klammheimliche Freude über den Tod Bubacks nicht verhehlte, löste eine Hetzjagd auf linke Intellektuelle aus, deren prominentestes Opfer der Hannoveraner Universitätsprofessor Peter Brückner wurde. In einer Sendung, die sich mit dem politischen Klima in der Bundesrepublik Ende der siebziger Jahre beschäftigte, charakterisierte Wolf-Dieter Narr das Verhältnis der linken Intellektuellen zur RAF wie folgt: "...es ist gar keine Frage, daß die Art und Weise, wie die Öffentlichkeit auf die Studentenbewegung und dann erste vergleichsweise harmlose



Äußerungen der Studierenden aber auch anderer Mitglieder der APO reagiert haben, so herrschaftspanisch war, daß sich selbstverständlich an den Universitäten auch unter den Intellektuellen...nicht Sympathien mit der RAF in irgendeiner Weise entwickelt haben, wohl aber eine Opposition gegen diese Art der Hysterie...<sup>248</sup>

Die journalistische Aufgabe des SFB bestand darin, die Zuschauer über Ereignisse in Berlin zu informieren; nichtsdestotrotz wurde auch über spektakuläre Fälle, die sich im Bundesgebiet ereigneten und die im Zusammenhang mit der Thematik "Terrorismus" standen, berichtet. So wandte sich Innenminister Kurt Neubauer, SPD, nach der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback am 7. April 1977 mit einem Statement an die Zuschauer:

"Liebe Berliner Mitbürger, diese Tat muß auch den Letzten überzeugen, daß Gruppen oder Einzeltäter dieser Art keine Nachsicht verdienen. Täter dieser Art, eiskalte Mörder, verdienen keine Sympathie!"<sup>249</sup>

Weiterhin appellierte er an die Bürger, alles Verdächtige zu melden.

Am 30. Juli 1977 wurde der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, von einem RAF-Kommando in seinem Haus in Oberursel erschossen. Darüber berichtete die Abendschau lediglich am 4. August in dem Zusammenhang, daß die Banken aus Protest gegen diese Tat einen Tag lang geschlossen blieben.

Am 5. September 1977 dann wurde in Köln der Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer von einem RAF-Kommando entführt, sein Fahrer und drei Polizisten wurden erschossen. Das Kommando "Siegfried Hausner" forderte die Freilassung von RAF-Gefangenen.

Es stellte sich schnell heraus, daß die Schleyer-Entführung nicht zu vergleichen war mit der Entführung von Peter Lorenz. Zum einen ging

---

<sup>248</sup> Im Fadenkreuz, Deutschland und die RAF, 5. Die Öffentlichkeit, ARD-Sendung vom 14.11.1997, WDR-Archiv

<sup>249</sup> Berliner Abendschau vom 7. April 1977, SFB-Fernseharchiv

letztere ohne jegliches Blutvergießen ab, zum anderen war der Staat zu diesem Zeitpunkt noch zu Konzessionen bereit. Bei Lorenz gab es quer durch die Parteien Übereinstimmung, daß die Forderungen der Entführer mit Blick auf die Unversehrtheit des Politikers zu erfüllen wären. Bei Schleyer waren sich alle Parteien im Krisenstab unter Helmut Schmidt einig, daß man den Entführern nicht entgegenkommen dürfe, daß der Staat zeigen müsse, daß er nicht erpreßbar ist.

Die erste politische und juristische Konsequenz aus der Entführung war das sogenannte Kontaktsperregesetz, das am 7. September 1977 eingeführt, aber erst am 28. September verabschiedet wurde. Es beschränkt bzw. verbietet den Besuch von Verteidigern bei ihren Mandanten, den Kontakt der Gefangenen untereinander sowie den Kontakt nach draußen. Wegen des Vier-Mächte-Status konnte West-Berlin dieses Gesetz nicht einfach übernehmen; deswegen wurde am 1. Oktober eine außerordentliche Abgeordnetenhaus-Sitzung einberufen, bei der die Einführung dieses Gesetzes beschlossen wurde.

Am 13. Oktober 1977 entführte ein palästinensisches Kommando gewissermaßen als unterstützende Aktion die Lufthansa-Maschine "Landshut" in die somalische Hauptstadt Mogadischu und forderte die Freilassung der RAF-Mitglieder Baader, Ensslin, Raspe, Becker, Krabbe, Dellwo, Möller, Hoppe und Schubert. Als das Flugzeug in Aden zwischenlandete, erschossen die Entführer den Kapitän. Nach dem Auftanken flog der Co-Pilot weiter nach Mogadischu; dort wurde die "Landshut" von der GSG 9 gestürmt und drei der Entführer erschossen. Die Abendschau hatte über die dramatischen Ereignisse nur punktuell berichtet; da für überregionale Ereignisse, d.h. Geschehnisse im Bundesgebiet, die ARD zuständig war und auch entsprechend vom Zuschauer eingeschaltet wurde. In dem Moment, in dem Berlin einbezogen war, wurde dies natürlich auch thematisiert. So am 7. September, als die Polizei auch in Berlin nach den Schleyer-Entführern fahndete.

Am 18. Oktober brachte die Abendschau ein Exklusiv-Interview mit einer Berliner Geisel, die aus der "Landshut" befreit worden war.

Außerdem gab es eine Umfrage unter Passanten, was sie von der Befreiungsaktion hielten. Das journalistische Mittel der Passantenbefragung war relativ neu, wurde aber fortan häufiger genutzt und zu einem wichtigen Bestandteil der Abendschau. Die Auswahl der Original-Töne ist dabei willkürlich, soll sich aber in politischen Fragen immer die Waage halten. In diesem Fall überwog die Erleichterung über die Geiselbefreiung, es gab aber auch die warnende Stimme eines Taxifahrers, der meinte, daß sich die Terroristen jetzt sicher an Schleyer rächen würden.

Diese Befürchtung sollte sich bestätigen; am folgenden Tag wurde Hanns-Martin Schleyer in Mühlhausen tot im Kofferraum eines Autos gefunden.

Am 18.10.1977 wurden Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin erschossen bzw. erhängt in ihren Zellen aufgefunden, Irmgard Möller kam schwerverletzt ins Haftkrankenhaus. Von staatlicher Seite wurde der Tod der drei RAF-Mitglieder von Anfang an als Selbstmord bezeichnet. Größere Teile der Linken trauten dem Staat aber mittlerweile auch zu, sich dieses permanenten Unruheherdes durch Mord entledigt zu haben. Immerhin hatte die RAF ja aus dem Gefängnis heraus noch viele Linke mobilisieren können, als es um ihre Haftbedingungen ging. Der Protest gegen die Isolationshaft reichte auch in bürgerlich-intellektuelle Kreise hinein. Dabei war die politische Botschaft der RAF schon lange nicht mehr vermittelbar; solange aber der Staat diese überzogene Härte in Form der Haftbedingungen und der Einschränkung des Anwaltverkehrs zeigte, gab es immer wieder Sympathie- und Solidaritätsbekundungen.

Durch den Tod Schleyers am darauffolgenden Tag wurde der Tod der Gefangenen von der RAF relativiert. Die Empörung über den Geiselmord schlug in den Medien hohe Wellen und überlagerte die Frage, ob es noch eine andere Erklärung als Selbstmord für den Tod der RAF-Häftlinge

geben könnte. Das Mißtrauen war umso größer, als klar wurde, daß Schleyer nicht nur ein Opfer der RAF, sondern auch der Staatsraison geworden war.

Zum Tod der Stammheimer Gefängnis-Insassen gab es einen Kommentar des SFB-Chefredakteurs Peter Pechel.<sup>250</sup>

Pechel meint, daß in diesem Zusammenhang noch vieles ungeklärt sei und die Stuttgarter Regierung gut beraten wäre, wenn sie alles daran setzte, "um die Umstände der Häftlings-Selbstmorde so schnell wie möglich und bis ins letzte Detail aufzuklären". Er äußert Erleichterung über die Befreiung der Geiseln in Mogadischu und Trauer über den Tod des Lufthansa-Kapitäns. Das Schicksal Hanns-Martin Schleyers war zu diesem Zeitpunkt noch ungewiß, deswegen könne es "bestenfalls gedämpfte Freude und Genugtuung sein, die wir verspüren". Pechel mahnt: "Erfolg verlangt Bescheidenheit, besonders, wenn man ihn persönlich errungen hat. Die Leistungen der Männer von GSG 9 sind bewundernswürdig, aber eben diese Männer würden es, so glaube ich, nicht verstehen, wenn wir jetzt in nationalen Überschwang im Stil: Wir sind wieder wer - verfallen würden." Die Abendschau berichtete am 20. Oktober über die Fahndung nach den Mördern Schleyers in Berlin. Es fuhren Lautsprecherwagen durch die Stadt, Politessen verteilten Fahndungsaufrufe. Polizeipräsident Hübner wandte sich direkt an die Zuschauer und rief die Bevölkerung zur Mithilfe auf.

Hintergrundinformationen über die dramatischen Ereignisse blieben wieder dem SFB-Hörfunk vorbehalten:

Am 19. Oktober sendete die Redaktion Politik eine Diskussion unter dem Titel "Bedrohung der Meinungsfreiheit"<sup>251</sup>. Es ging um die allgemeine Terrorismus-Hysterie und Sympathisanten-Hatz. Teilnehmer an der

---

<sup>250</sup> Kommentar Peter Pechel in der Berliner Abendschau vom 18.10.77, Manuskript des DRA

<sup>251</sup> Kultur kontrovers, - Bedrohung der Meinungsfreiheit, Sendung v. 19.10.1977, SFB-Hörfunkarchiv

Diskussion waren Wissenschaftsenator Peter Glotz (SPD), der Theologe Helmut Gollwitzer, der Schriftsteller Reinhard Lettau und SFB-Chefkommentator Matthias Walden. Moderiert wurde die Sendung aus der Reihe "Kultur kontrovers" von Dr. Peter Sandmeyer.

Angesprochen wurden Gründe und Ursachen des Terrorismus, die Verantwortung der Presse, der Buback-Nachruf und die Rolle des "Mescaleros". Der Vorwurf der intellektuellen Komplizenschaft stand dem Vorwurf des neuen "McCarthyismus" gegenüber.

Der Moderator begann mit der Feststellung, daß durch die Befreiung der Geiseln von Mogadischu ein Alldruck von der Bundesrepublik genommen, aber ein Druck geblieben sei. Kritische Künstler, Hochschullehrer und Journalisten müssten sich des Vorwurfs der intellektuellen Komplizenschaft mit der RAF erwehren. Der Begriff "Sympathisant" erscheine den Angegriffenen als verbaler Judenstern, der kritischen Intellektuellen angeheftet wird.

Zu klären, wie groß die Gefahr ist, daß der liberale Staat bei der Abwehr des Terrorismus illiberal wird, sei das Ziel der folgenden Debatte.

Sandmeyer richtete zunächst an Reinhard Lettau, der in Amerika lebte, die Frage, ob er ein Klima beginnender Hexenjagd, einen neuen McCarthyismus feststellen könne. Lettau, soeben aus den USA kommend, berichtete von einem Erlebnis, das er bei seiner Ankunft auf dem Frankfurter Flughafen hatte und das ihn sehr befremdete - bei der Nachrichtenmeldung, daß die drei Terroristen sich umgebracht hätten, wären die anwesenden Fluggäste in "Bravo"-Rufe ausgebrochen und hätten applaudiert. Für die Anti-Kriegs-Bewegung in den USA wären im Gegensatz zu Deutschland nicht die Intellektuellen verantwortlich gemacht worden.

Die Hysterie in Deutschland wäre mit mangelndem Patriotismus und mangelndem Selbstvertrauen zu begründen.

Peter Glotz bestätigte, daß es zum Teil ein für Meinungsfreiheit

problematisches Klima in Deutschland gäbe. Er sehe einen Unterschied zwischen Amerika und Deutschland - auf der einen Seite eine Demokratie, die seit 200 Jahren Bestand hat, auf der anderen eine kurze, durch den Nationalsozialismus unterbrochene Periode der Demokratie. Selbst nach den Attentaten auf John F. und Robert Kennedy wären die Amerikaner einigermaßen gelassen gewesen; dieses wäre in der Bundesrepublik bei ähnlichen Geschehnissen undenkbar.

Matthias Walden konstatierte, daß für ihn die Meinungsfreiheit in diesem Land noch intakt sei und führte als Beleg an, daß gerade Kritiker des Systems wie die Schriftsteller Heinrich Böll und Günter Grass die Möglichkeit hätten, sich zu äußern und davon permanent in Presse, Funk und Fernsehen Gebrauch machten.

Wenn man aber ihre Aussagen kritisch bewerte, wäre von Hysterie und Hexenjagd die Rede.

Peter Sandmeyer führte an, daß bei in einer Literatursendung des III. Programms unter Beteiligung von Günter Grass vermehrt Anrufe eingegangen wären, die es für unglaublich hielten, daß Grass in dieser Situation sein neues Buch vorstelle.

Walden entgegnete, daß er diese Äußerungen zwar für völlig abwegig halte, man aber keine gesetzlich Handhabe schaffen solle, um eine solche Meinungen zu verbieten. Kritik an Kritikern müsse grundsätzlich erlaubt sein.

Gollwitzer war der Ansicht, daß die Intellektuellen nur der Sack wären, auf den eingeschlagen wird und nicht der Esel, der eigentlich gemeint wäre. Sie würden von der CDU in den Topf der Mitverantwortlichkeit für den Terrorismus geworfen, um so die Wahlen zu gewinnen.

Es wäre zwar richtig, daß Grass und Böll sich äußern dürften, aber man dürfe den "Kleinen Mann" und die Studenten nicht vergessen, die nach Verabschiedung des Radikalenerlasses dies nicht mehr dürften.

Es würde ein Klima von Zensur und Selbstzensur geschaffen.

Sandmeyer richtete die Frage an Glotz und Walden, ob es nicht, wie Gollwitzer letztthin geäußert hätte, eine verhängnisvolle Spaltung der Subkultur gäbe, und zwar in eine Info- und eine "Rudi-Carrell"-Subkultur und ob die Medienlandschaft nicht Defizite in der öffentlichen Kommunikation schaffe, indem sie z.B. den Gewalt-Diskurs ausschließe. Glotz antwortete daraufhin, daß die Medien lediglich ein Spiegel der Gesellschaft wären. Neben der unvermittelten Reaktion der Menschen, die z.B. gegen Grass pöbelten, also die direkte Reaktion des Volkes, gäbe es aber auch gezielte Kampagnen, die sich dieses zunutze machen wollten. Eine gewisse Wehleidigkeit gebe es in dieser Gesellschaft von allen Seiten, und er habe auch den Eindruck, daß die Linke an manchen Punkten draufhauere, wenn sie etwas störe und die Theorie von den geistigen Vätern auf alle möglichen Leute ausdehne, wenn es um den Nationalsozialismus ging. Er fände den Hinweis Gollwitzers auf den kleinen Mann und den Studenten sehr wichtig und meine, daß man sich bemühen müsse, diese zu erreichen. Er wolle auch die Sympathisanten nicht abschreiben. Es gebe eine Schuld gewisser Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie von Politikern, sich nicht genügend in diese Kommunikation einzuschalten.

Lettau wies darauf hin, daß Zeitungen eine große Verantwortung hätten und man vom Volk nicht erwarten könne, daß es in einer bestimmten Weise reagiere, wenn die Zeitungen unkorrekt berichteten. So hätten sie z.B. beim Tod der Häftlinge in Stammheim, ohne daß es bereits erwiesen sei, von Selbstmord gesprochen.

Sandmeyer fragte Walden, ob er wisse, daß der Zensur gewissermaßen eine Bugwelle von Selbstzensur vorausginge - das könne man mit Geschehnissen aus vielen Rundfunkanstalten derzeit belegen - und ob er, Walden, sich vorstellen könne, mit dem Verfasser des Buback-Nachrufs an einem Tisch zu sitzen und darüber zu diskutieren.

Walden meinte, daß man eine Grenze ziehen müsse bei der Einladung zu

einer solchen Diskussionsrunde. Diese wäre auch schon allein durch das Rundfunkgesetz vorgegeben. Grundsätzlich sei er aber privat bereit, mit jedem Meinungsgegner zu diskutieren. Er würde auch mit einem überführten Mörder sprechen, er wäre nur dagegen, daß eine Aufforderung zur Gewalt oder Befürwortung von Straftaten veröffentlicht werden. Er stimme mit Lettau überein, daß die Zeitungen eine große Verantwortung trügen, meine aber, daß in puncto Selbstmordthese lediglich die Version der Behörden referiert worden wäre.

Er fände es im übrigen positiv, daß Gollwitzer geäußert hätte, es sollte nicht nur von der Meinungsfreiheit für die Prominenten die Rede sein, er mache aber darauf aufmerksam, daß Böll und Grass nur von der Beschädigung ihrer eigenen Meinungsfreiheit, aber nicht von der des "Kleinen Mannes" gesprochen hätten.

Er halte letztere für wichtiger in der Erörterung, fände es aber unangebracht, in einem Atemzug mit dem "Kleinen Mann" den Studenten zu nennen. Stattdessen müsse es auch um Arbeiter und Angestellte gehen, man dürfe das nicht nur auf den akademischen Bereich beziehen. Es könne nicht jeder sagen, was er meint, aber es müsse jeder repräsentiert sein.

Sandmeyer warf ein, daß speziell Jugendsendungen Probleme hätten, die eine Nahtstelle zwischen der akademischen Jugend und den Medien bilden sollten.

Walden meinte hingegen, daß die akademischen Kreise seit der APO-Zeit vor zehn Jahren in Rundfunk und Fernsehen zwar nicht gerade vorherrschten, aber mit Sicherheit überproportioniert vertreten seien.

Peter Glotz wies darauf hin, daß dies nicht überall der Fall gewesen sei, z.B. in Bayern, wo er lange gelebt hätte, wäre dies nicht so. Er selbst habe mit einem Professor eine Fernsehdebatte geführt und wäre der Meinung, daß man unbedingt auf die Jugend zugehen und sich öffentlich und exemplarisch mit ihr auseinandersetzen sollte. Dies gelte auch für den



Befürworter der Todesstrafe und für den, der applaudiert, wenn er die Nachricht vom Tode der Häftlinge erfährt - auch mit solchen Leuten müssten sich die Massenmedien ernsthaft auseinandersetzen.

Er fordere stärkere intellektuelle Auseinandersetzungen mit beiden Polen, auch in den öffentlich-rechtlichen Anstalten und erst recht in den Zeitungen.

Gollwitzer meinte, daß in Deutschland durch die zwei Weltkriege in jüngerer Geschichte und die Hitler-Diktatur ein Potential an Brutalität vorhanden wäre, das noch längst nicht aufgearbeitet sei und sowohl offene als auch klammheimliche Freude möglich machen würde. Auch bei den Studenten wäre durch zunehmende akademische Arbeitslosigkeit und mangelnde Perspektive Unzufriedenheit vorhanden. Hinzu käme, daß die ältere Generation durch ihre Erfahrung mit dem Faschismus die bürgerliche Demokratie dankbar begrüßen würde, während sie für die Jugend eine Selbstverständlichkeit wäre. Die terroristischen Konsequenzen, die manche Jugendliche ziehen würden, könne man nicht verhindern, denn sie kämen aus drei Wurzeln, erstens der Gesellschaftskritik, die man notwendigerweise ziehen müsse, zweitens aus Sympathie mit terroristischer Gewalt, die auch von offiziellen Politikern geäußert würde, z.B. Dregger oder Strauß, die den Mord an Allende guthießen und die Schah-Diktatur stützten, und drittens aus den zunehmenden inneren Konflikten in unserer Gesellschaft.

Dann warf Gollwitzer Walden vor, ihn in einem Kommentar in der Welt am Sonntag falsch zitiert zu haben. Er habe in extremen Fällen die Beseitigung von Unterdrückung auch durch tötende Gewalt gutgeheißen. Das Original-Zitat hieße aber: "Beseitigung von Unterdrückung wird - wenigstens in extremen Fällen - oft nicht ohne tötende Gewalt möglich sein". Jetzt frage er Walden, was dieser zum 20. Juli 1944 und zum Tyrannenmord zu sagen habe.

Walden berief sich darauf, in einer NDR-Fernsehdiskussion am Vorabend

von Francos Tod gesagt zu haben, daß er den Tyrannenmord unter Umständen befürworten würde. Wenn die Gewalt bis zur tötenden Gewalt sich gegen eine Despotie richte, die ihrerseits ein organisierter staatlicher Terror sei und den Menschen die Grundrechte mit Gewalt entziehe, könne er den Tyrannenmord zumindest nicht verurteilen.

Es ginge ihm aber in seinem Kommentar um ein anderes Zitat Gollwitzers, das folgendermaßen lautete:

“Kapitalismus kann sich die Welt nicht mehr leisten, darum ist es ein Kampf auf Leben und Tod”. Er gehe davon aus, daß Gollwitzer die Bundesrepublik für kapitalistisch halte und von daher den Kampf auf Leben und Tod nicht nur auf faschistische Diktaturen beschränke.

Gollwitzer hielt nochmals den Konsens fest, daß tötende Gewalt notwendig sein könne in einem despotischen Regime und Kapitalismus wäre für ihn angesichts der ökonomischen und ökologischen Probleme tatsächlich eine Frage auf Leben und Tod. Mit dem Kapitalismus könne die Menschheit nicht überleben.

Sandmeyer zitierte zum Schluß Alfred Grosser, der gesagt habe, daß Situationen wie die zurückliegende dazu da wären, sich darüber klar zu werden, was man zu verteidigen hätte. Dies stelle er als Frage an alle Diskussionsteilnehmer: “Was verteidigen wir?”

Zunächst antwortete Walden, daß man zuerst einmal einen Staat verteidige, der ein vernünftiges Grundgesetz habe und der in seiner Wirklichkeit dieser Verfassung entspreche. Dieses gelte es zu verteidigen, auch mit den sogenannten Berufsverboten, denn der Extremisten - nicht Radikalerlaß, denn radikal zu sein müsse erlaubt sein - ziele nur darauf ab, diejenigen nicht zum Staatsdienst zuzulassen, die den Staat abschaffen wollten.

Gollwitzer meinte, daß Mitglieder der DKP, die mit dem Berufsverbot belegt werden sollten, nicht beabsichtigten, den Staat abzuschaffen.

Die Liberalität, mit der dieser Staat im Grundgesetz angetreten sei, sei

bedroht durch diese Kampagnen und müsse verteidigt werden und es müsse verhindert werden, daß bei den Anti-Terror-Gesetzen Bestimmungen kämen, die diese Liberalität gefährdeten.

Glitz sagte, man verteidige den erneuten Versuch des deutschen Volkes, zu einer politischen Kultur der Demokratie zu kommen. Dazu gehöre die Meinungsfreiheit; was aber mit Sicherheit nicht dazu gehöre, wäre die "Zitatologie", die betrieben würde, der Versuch, mit einzelnen, aus dem Zusammenhang gerissenen Schnipseln zu arbeiten. Jede Debatte über die Frage der Gewalt wäre aufklärend, nicht aber ein aus dem Kontext gegriffener Satz, der jemandem an den Kopf geworfen würde. Dies könnte die politische Kultur zerstören, noch bevor man sie wieder aufgebaut hätte. Lettau wünschte sich abschließend eine größere Sensibilität für die Grundrechte; man solle auch Leute zu Worte kommen lassen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung seien.

Diese Diskussion vom 19. Oktober 1977 bildet den politischen Diskurs dieser Zeit relativ vollständig ab. Es werden die gängigen Begriffe und Schlagwörter verwendet. Versammelt ist ein repräsentativer Querschnitt der Meinungen in Gestalt der Diskutanten.

Die Basis, auf die sich alle explizit stellen, ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die bürgerliche Demokratie an sich steht außer Zweifel. Daß dies so ist, wird mit der deutschen Geschichte begründet. Glitz weist richtigerweise daraufhin, daß für die junge Generation diese Voraussetzungen nicht gelten würden. Durch das Fehlen der einschlägigen Erfahrung der älteren Generation sei kein Bewußtsein für die Verfassung der Bundesrepublik als positive Errungenschaft vorhanden. Bei der Frage der Legitimation von Gewalt sind die Meinungen differenzierter. Hier ist zwar Konsens, daß zur Beseitigung einer Tyrannei oder eines Despoten - siehe Widerstand gegen Hitler - Gewalt ein Mittel der Wahl sein könne, ja sogar sein müsse.

Allerdings herrscht keine Einigkeit bei der Definition von Tyrannei und

Despotie; Gollwitzer erweitert die Begründung für die Anwendung von Gewalt um die Warnung vor einer Apokalypse. Er setzt den Kapitalismus mit einem Kampf auf Leben und Tod gleich und holt sich da die Legitimation für eine Mission: die Welt zu retten, und sei es mit Gewalt. Gollwitzer kündigt damit den bürgerlichen Konsens auf, denn auch die RAF führte ihren Kampf gegen das "Schweinesystem" erklärtermaßen mit dem Ziel der Befreiung von der Herrschaft des Kapitals. An dieser Stelle wäre also der Vorwurf von der "intellektuellen Komplizenschaft" nicht ganz von der Hand zu weisen.

Es wird in der Diskussion nicht hinreichend geklärt, - das hätte vermutlich den zeitlichen Rahmen gesprengt - ob Kapitalismus und Demokratie nicht zu vereinbarende Gegensätze sind, ob die Demokratie eine anzustrebende Gesellschaftsform ist und wenn nicht, welches System an ihre Stelle treten könne.

Die Ende der sechziger Jahre in der APO geführte Diskussion um die Notwendigkeit, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, kehrt zehn Jahre später als Diskussion um den "Kleinen Mann" wieder. War 1967/68 sogar die Möglichkeit einer Revolution in Erwägung gezogen worden, beschränkt sich im Jahre '77 die Frage nur noch darauf, ob der "Kleine Mann" die Möglichkeit hat, seine Meinung frei zu äußern. Dabei fungieren die Schriftsteller Böll und Grass als "Avantgarde", welche dank ihrer Prominenz die Auseinandersetzung öffentlich führen kann. Walden hebt diesen Umstand in der Diskussion nochmals besonders hervor, weil er nach seinem Tagesschau-Kommentar von Böll verklagt worden war.<sup>252</sup> Für die linken Intellektuellen ist die Forderung nach Meinungsfreiheit für das Volk, also auch die Arbeiter und Angestellten, wie Walden sie hier formuliert, ambivalent, da die Masse dazu neigt, sich unangemessen zu artikulieren, wie man z.B. an der Forderung nach der Todesstrafe sieht.

---

<sup>252</sup> Walden hatte in der Spätausgabe der Tagesschau vom 21.11.1974 anlässlich der Trauerfeier für den ermordeten Richter Günter von Drenkmann einen Kommentar gesprochen, in dem er den Namen Bölls in Zusammenhang mit dem politischen Terrorismus brachte. Aus: "Mehr als ein halbes Leben", 50 Jahre Sender Freies Berlin, S. 49

Der Moderator, Dr. Peter Sandmeyer, artikuliert seine Sorge um die Meinungsfreiheit von der Warte des Journalisten aus. Er bringt den Begriff "Selbstzensur" ins Spiel und verweist auf Erfahrungen im eigenen Medium. Dabei wird nicht klar, ob es bereits einen Fall von Zensur gegeben hat und wenn ja, in welchem Sender und welcher Redaktion. Es kann sich ebensogut um eine Anspielung auf die Presse handeln. Möglich ist aber auch, daß er davon ausgeht, daß so mancher Kollege durch Selbstzensur eine Zensur verhindert hat.

Man muß dem SFB zugute halten, daß er sich in diesem aufgeheizten Klima bemühte, eine kontroverse Diskussion zuzulassen und Ursachenforschung zu betreiben. Diese Art von Streitkultur prägte den Sender von innen und nach außen, was ihm schon allein deswegen den Ruf eines "Sympathisantensenders" verlieh. Dabei traf der Vorwurf der intellektuellen Komplizenschaft Sendungen und Redakteure, die es wagten, sich mit dem Ansatz der militanten Linken kritisch auseinanderzusetzen.

Peter Sandmeyers Feststellung, daß es Defizite in der öffentlichen Kommunikation gab, indem der Gewalt-Diskurs ausgeschlossen wurde, war zutreffend. Indem mit Beginn der Militarisierung eines Teils der linken Bewegung diese vollständig kriminalisiert und die Auseinandersetzung mit ihr tabuisiert wurde, begab man sich der Chance, mit potentiellen Sympathisanten einen Dialog zu führen. Allerdings zeigte sich im Verlauf der kommenden Jahre, daß der Staat dieses auch gar nicht nötig hatte - mit der Niederlage der voluntaristischen RAF gab es keine ernstzunehmende linke Bewegung mehr in der Bundesrepublik Deutschland.

In seiner Silvesteransprache zum Jahreswechsel 1977/78 sprach Bundeskanzler Helmut Schmidt im Rückblick über die "Heimsuchung durch eine uns nicht erklärbare Gewalt" und meinte, es habe sich im Verlauf der

Ereignisse gezeigt, daß die Mehrheit der Bürger zu ihrem Staat stehe und sich ihm, auch wenn ihnen nicht alles gefalle, innerlich verbunden fühle.<sup>253</sup> In dieser Rede gestand Schmidt immerhin indirekt ein, daß es eine Legitimitätskrise des Staates gegeben hatte, die seiner Ansicht nach zu dessen Gunsten gelöst worden war. Die Kritik der Intellektuellen, allen voran der SPD-Mitglieder Grass und Böll, an den Haftbedingungen der RAF-Häftlinge und der Verschärfung der Arbeitsbedingungen für Rechtsanwälte durch das Kontaktsperregesetz war dem Staat offensichtlich unangenehm, aber weit davon entfernt, gefährlich zu sein. Das entschlossene Auftreten den Schleyer-Entführern gegenüber brachte den Staat wieder in die Offensive. Das Gros der Bevölkerung wußte er dabei hinter sich.

An der Spitze des Senders gab es 1977 eine Veränderung - Franz Barsig scheiterte mit seiner Kandidatur für eine dritte Amtszeit. Parteiinterne Widersacher hatten im Rundfunkrat gegen ihn konspiriert und damit seine Niederlage herbeigeführt. Statt seiner wurde am 6. Juni 1977 Dr. Wolfgang Haus, der ebenfalls der SPD angehörte, zum neuen Intendanten des SFB gewählt.

#### 4.5 Hausbesetzerbewegung und AL

Nach der Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Staat und militanter Linker im Herbst 1977, die mit der Niederlage der RAF endete, mußte linke Politik zwangsläufig neue Formen finden. Der TUNIX-Kongreß der Sponti-Linken im Januar 1978 sollte eine Neubestimmung jenseits von RAF, K-Gruppen, Maoismus und Trotzismus werden, bei der auf Verweigerung als Protestmittel in der kapitalistisch-repressiven

---

<sup>253</sup> Neujahrsansprache für das Jahr 1978 von Bundeskanzler Helmut Schmidt, SFB 1, Sendung vom 31.12.1977, SFB-Hörfunkarchiv

Gesellschaft gesetzt wurde.

In der Abendschau fand dieses Ereignis keine Erwähnung; dafür befaßte sich das Berliner Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung vom 9. Februar mit der Veranstaltung. Die Rundfunk-Sendereihe "Zur Debatte" brachte Auszüge aus der Sitzung mit Stellungnahmen von Politikern aller Parteien.

Ab dem 8. April 1978 wurde vor dem Kammergericht die Entführung von Peter Lorenz und die Erschießung von Günter von Drenkmann verhandelt. Den Angeklagten Fritsch, Klöpffer, Meyer, Reinders, Vogel und Teufel wurden Pflichtverteidiger beigeordnet.

Die Abendschau berichtete von sämtlichen Verhandlungstagen im sogenannten "Lorenz-Drenkmann-Prozeß" ausführlich. Am 27. Mai gelang Till Meyer die Flucht aus der Untersuchungshaftanstalt Moabit. Die Fahndung nach dem Flüchtigen bestimmte in den folgenden Wochen die Berichterstattung der Abendschau, wobei die Polizei sich wieder gezielt an die Zuschauer wandte, um um Unterstützung zu bitten. Meyer wurde schließlich ohne Zutun der Berliner Polizei am 22. Juni in Bulgarien festgenommen. Seine Flucht führte zum Rücktritt von Justizsenator Baumann am 3. Juli.

Seit dem Jahre 1977 hatte eine Alternative Linke begonnen, sich zu organisieren. Anfang 1979 war die Zeit war auch reif für ein Projekt "Linke Tageszeitung". Die Erfahrung der Studentenbewegung mit der Macht der Medien in Gestalt der bürgerlichen Presse, die in der Forderung nach Enteignung des Springer-Konzerns gipfelte, führte längerfristig zu der Erkenntnis, daß eine Gegenöffentlichkeit der Linken in Form einer eigenen Tageszeitung unabdingbar wäre. Ende der sechziger Jahre wäre das Projekt aus wirtschaftlichen Gründen und infolge mangelnder Leserschaft unrealistisch gewesen; nun hatte sich das geistige Klima so gewandelt, daß man davon ausgehen konnte, in linken Lehrern, Studenten, Professoren und anderen Intellektuellen eine ausreichende Klientel zu

finden. Interessant ist, daß die Forderung "Enteignet Springer" zu einem Zeitpunkt aufgestellt wurde, als die Studenten keinen Rückhalt in der Bevölkerung hatten; jetzt, da die Systemkritik zumindest teilweise gesellschaftsfähig war, ging es nicht um Enteignung, sondern um Besitz, nämlich eines eigenen linken Verlages.

Am 15. Januar befaßte sich innerhalb der neuen Sendereihe "Blende III" das Dritte Programm mit dem Projekt "Linke Tageszeitung"<sup>254</sup>. Am Start befanden sich zwei konkurrierende Projekte: das SEW-orientierte Blatt "Die Neue", das aus dem ehemaligen "Extra-Dienst" hervorging, und die sich als unabhängig verstehende "Tageszeitung".

In der Sendung wurden beide Projekte vorgestellt. Zunächst sprach Eckhardt Spoo von der Deutschen Journalisten-Union einleitende Worte zum Thema Pressekonzentration und der Notwendigkeit einer linken Alternative. Als Beweis führte er die einseitige Berichterstattung in der Bundesrepublik über den Vietnam-Krieg und die Südafrikafrage an. Dann erklärte Chefredakteur Carl Guggomos von der "Neuen" sein Konzept und begründete, warum es zu keiner Zusammenarbeit mit der "Tageszeitung" gekommen sei: die Redakteure seien Berufsjournalisten mit langjähriger Erfahrung, bei der Konkurrenz wären journalistische Laien am Werk. Schwerpunkt der Zeitung seien Nachrichten aus Betrieb und Gewerkschaft. Außerdem gebe es eine Lokal- und Sportberichterstattung. Demgegenüber erläuterte Hans-Christian Ströbele die programmatische Ausrichtung der *Tageszeitung*. Bei den geplanten zwölf Seiten sei zunächst kein Sport- und kein Wirtschaftsteil vorgesehen. Der Grund, warum man seinerseits nicht mit der "Neuen" zusammengehe, wäre, daß die "Neue" nicht auf Gesprächsangebote reagiert habe.

In Interviews erklärten die selbsterklärten Zeitungsmacher ihre Nähe zur Basis. Das Blatt solle sich, wie vormals der "Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten", nicht nur mit dpa-Meldungen

---

<sup>254</sup> Blende III v. 15.1.1979, Drittes Programm, SFB-Fernseharchiv



befassen, sondern auch Meldungen bringen, die nicht in den bürgerlichen Medien auftauchen.

Eine große Anzahl von Bürgerinitiativen sollte in die Berichterstattung eingebunden werden, sowie die Bewegung selbst in der *Tageszeitung* ein Sprachrohr finden.

Die Recherche der Autoren ergab, daß die Reaktionen auf die linken Zeitungs-Projekte höchst unterschiedlich waren. Der Springer-Verlag und der *Tagesspiegel* schwiegen die Angelegenheit einfach tot.

Ein Vertreter des *Spandauer Volksblatts* meinte, daß sich da durchaus eine ernstzunehmende Konkurrenz entwickeln könnte, auf die man gegebenenfalls reagieren müsse, indem man z.B. den Themenkreis erweitere.

Jürgen Engert, damals Chefredakteur des *Abend*, erklärte, daß sich zwei Kampfblätter positionieren würden, wobei der Begriff "Kampfblatt" nicht negativ gemeint sei. Charakteristisch für diese wäre, daß sie auf einen gewissen Punkt hinzielten, den sie verabsolutierten. Einige Bereiche würden damit aber aus dem Spektrum herausfallen.

Die anschließende Erfolgsgeschichte der *Tageszeitung* zeigt, daß eine Marktlücke für ein Medium mit linkem Anspruch vorhanden war. Durch eine erfolgreiche Verankerung in den Bürgerinitiativen und insbesondere der Anti-AKW-Bewegung konnte eine Mindestanzahl von Abonnenten gewonnen werden, die das wirtschaftliche Überleben der Zeitung sicherte.

Die Bewegung gegen Atomkraftwerke war inzwischen zum Sammelbecken der Alternativen geworden.

Die Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben am 31. April 1979 war mit über 100 000 Teilnehmern ein machtvolles Bekenntnis gegen die Atomenergie. Zuvor hatte es diverse andere Aktionen gegeben, wie z.B. den Hungerstreik von Jugendlichen in der Gedächtniskirche, über den die *Abendschau* am 20. März berichtete.

Die verpaßte Revolution der 68er, die Nachfolge-Bewegung der APO, suchte sich als Aufhänger zur Kritik des Kapitalismus dessen Auswüchse, und zwar einen, bei denen es, wie Gollwitzer gesagt hatte, um "Leben und Tod" ging - denn mit der Energiegewinnung durch Atomkraft trat eine mittelbare Bedrohung der Menschheit auf den Plan.

Die profitorientierte Destruktivität des Kapitals zeigte sich auch in einem anderen Bereich und wurde durch studentische Bürgerinitiativen angeprangert: am 26. November 1979 fand die erste Hausbesetzung in West-Berlin statt, Auftakt einer Welle von Besetzungen, die zuvorderst die Beseitigung des studentischen Wohnungsnotstands zum Ziel hatte, gleichzeitig aber auch den durch Profitgier angetriebenen Abriß von Altbauten kritisierte.

Am 8. Dezember 1979 fand in der Masurenallee eine RFFU<sup>255</sup>-

Versammlung zum Streikaufruf gegen die Auflösung des NDR statt.<sup>256</sup>

Nach dem Willen der Politiker sollte ein neuer Staatsvertrag das Ende der Drei-Länder-Anstalt beschließen. Unter dem Motto "Wer den NDR zerstört, bedroht den SFB" solidarisierten sich die Berliner mit den Hamburger Kollegen. Es gehe darum, nach den politischen Kräften zu fragen, die nach der Rundfunkfreiheit greifen. Allerdings wolle man sich auch nicht vor den Karren spannen lassen:

"Mit dem Streik setzen wir uns dafür ein, daß der Rundfunk frei von Interesseneinflüssen bleibt - natürlich auch frei von Interesseneinflüssen der Gewerkschaft." Daß gerade dieser Original-Ton im Abendschau-Beitrag wiedergegeben wird, läßt darauf schließen, daß der Autor des Films Wert darauf legte, daß der Streik nicht von der Gewerkschaft funktionalisiert wird.

Am 24. Dezember 1979 starb Rudi Dutschke in Dänemark an den

---

<sup>255</sup> Rundfunk-Fernseh-Film-Union, Mediengewerkschaft, heute: Verdi

<sup>256</sup> Bericht in der Abendschau vom 8.12.1979, SFB-Fernseharchiv

Spätfolgen des Attentats vom 11. April 1968. Auch er hatte zuletzt im Rahmen des "Marsches durch die Institutionen" die Bürgerinitiativen als Basis einer linken Bewegung gesehen und den Einzug der "Alternativen Liste" ins Parlament befürwortet.

Die Abendschau berichtete am 3. Januar 1980 über die Beisetzung, die Trauerfeier in der FU und die anschließende Demonstration.

Während auf der einen Seite sich schon die neue Bewegung der Hausbesetzer und AKW-Gegner formierte, galt es mit dem Lorenz-Drenkmann-Prozeß noch eine "Altlast" zu entsorgen - fünf Jahre hatte Fritz Teufel in Untersuchungshaft gesessen, am 13. Oktober 1980 war er endlich frei. Eine Mitschuld an der Lorenz-Entführung oder an der Erschießung des Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann war ihm nicht nachzuweisen, aber zur Rechtfertigung der langen Untersuchungshaft wurde die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung herangezogen.

Die Abendschau brachte indirekte Kritik an dem langen Verfahren und den hohen Prozeßkosten an, die vor allem auf den Umbau des Saals 700 im Kriminalgericht Moabit in einen Sicherheitsbereich mit schußfesten Glaskabinen zurückzuführen waren.

Keiner der sechs Angeklagten (außer Teufel: Fritsch, Reinders, Klöpffer, Meyer und Vogel) wäre für schuldig befunden worden, weil der Kronzeuge der Bundesanwaltschaft nicht über alle Zweifel erhaben gewesen wäre und Innenminister Ulrich die Herausgabe von Staatsschutzmaterial verweigert hätte.

Die zunehmende Zahl der sogenannten "Instandbesetzungen" im Jahre 1980 hatten Senat und Polizei auf den Plan gerufen, sodaß es am 15. Dezember in der West-Berliner Innenstadt einmal mehr zu Ausschreitungen bei einer Demonstration kam. Abendschau-Reporter Förster berichtet über "eine nicht angemeldete und von daher unzulässige Demonstration." Die Polizei wäre nicht gegen die Demonstranten

angekommen - im Bild sind allerdings Polizisten zu sehen, die die Demonstranten zurückdrängen. Es hätte einen Hagel von Pflastersteinen gegeben, entsprechend hätte die Polizei reagiert: die Demonstration wurde in Abschnitte unterteilt, "denn es ging schließlich darum, der Steinewerfer habhaft zu werden."

Der Anlaß der Demonstration wird in dem Bericht mit keinem Wort erwähnt. Dann folgt ein Kommentar von Harald Karas zum Thema

"Hausbesetzungen und militante Demonstrationen."<sup>257</sup>

Obwohl Karas eher für seine konservative Einstellung bekannt war, bemühte er sich in seinen Kommentaren um Objektivität und gab ein Beispiel für journalistische Fairneß.

In diesem Falle kritisierte er zwar die Ausschreitungen am

Kurfürstendamm, warb aber auch um Verständnis für die Hausbesetzer:

..."Unter jungen Leuten, und nicht nur unter ihnen, herrscht Unmut, daß in Berlin fast 7000 Wohnungen seit Jahren leerstehen, während die Lage auf dem Wohnungsmarkt katastrophal ist..."

Der Senat hätte sich als unfähig erwiesen, dieses Problem zu lösen.

Die Politiker ließen die jungen Leute erst gewähren, weil sie ein schlechtes Gewissen hatten.

..."Jetzt sind sie plötzlich konzessionsbereit, aber warum erst jetzt, wo Steine fliegen? Jetzt wird man in den Rathäusern aus seiner Untätigkeit aufgerüttelt..."

Die Polizei wäre überfordert: ..."Soll die Polizei die Suppe auslöffeln, die die Politiker eingebrockt haben?"

Die Taktik der Demonstranten wäre, die Polizei zu provozieren. Selbst erfahrene Journalisten fielen darauf herein und beschimpften die Polizei wegen angeblich taktischer Fehlentscheidungen.

Zur nächsten Demonstration am kommenden Wochenende würde mit dem Slogan aufgerufen: " Falls die Genossen nicht freigelassen werden, brennt

---

<sup>257</sup> Berliner Abendschau v. 15.12.1980, SFB-Fernseharchiv

Weihnachten nicht nur der Baum!”

Gemäßigte Hausbesetzer müssten sich fragen lassen, ob sie sich von Rowdys um den Erfolg ihrer Aktion bringen lassen wollten.

Karas vermittelte in seinem Kommentar den Sinn und Zweck der Hausbesetzungen, der in der öffentlichen Meinung (und auch in dem vorangegangenen Beitrag seines Abendschau-Kollegen) nicht mehr hinterfragt wurde. Ihm ist das Ansinnen der Hausbesetzer plausibel, allerdings befürchtet er, daß diese sich von “Rowdys” funktionalisieren lassen würden.

Mit dieser Art, um Verständnis zu werben und der Tatsache, daß Kamerateams der Abendschau die Hausbesetzungen oftmals begleiteten, bot der SFB der Politik eine Angriffsfläche. Auf dem Höhepunkt der Bewegung im Jahre 1981 wurde in einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses erörtert, ob der SFB allzu gute Verbindungen zur Hausbesetzerszene hätte, weil die Kamerateams immer gleich vor Ort waren, wenn ein Haus besetzt wurde.

Tatsächlich berichtete der SFB seit Januar 1981 beinahe wöchentlich über Besetzungen. Überwiegend handelte es sich um Häuser in Kreuzberg und Schöneberg. Es kam aber auch schon mal zu Ausschreitungen, wenn - wie am 6. März 1981 - ein Haus in Freiburg geräumt wurde.

Parallel zu den außerparlamentarischen Aktionen stellte sich am 7. März die bereits am 9. Juni 1978 in Berlin gegründete Alternative Liste mit ihrem Wahlprogramm vor. Man betonte, daß die außerparlamentarische Arbeit weiterhin wichtig bleibe. Gefordert wurden der Austritt aus der NATO, der Auszug der Alliierten aus Berlin, die Rücknahme des Zwangsumtausches und freier Reiseverkehr zwischen Ost und West. Außerdem wurde die Ablehnung der Atomkraft und der Neutronenwaffe ins Wahlprogramm aufgenommen.

Damit war die AL mit ihren Forderungen ungefähr auf der Höhe der Wiederbewaffnungsgegner von 1959.

In einem Abendschau-Interview meldete sich AL-Kandidat Otto Schily mit einer neuen Standortbestimmung zu Wort: Berlin sei nicht mehr Frontstadt und Vorposten der westlichen Welt. Aus der historisch gewachsenen verhängnisvollen Situation müsse man eine neue Politik entwickeln in Richtung auf Pakt-Freiheit und Abrüstung in Mitteleuropa (s. Rapacki-Plan, Anm.d.Verf.).

Er unterstütze eine neue Umwelt- und Verkehrspolitik und die Forderung der AL nach Amnestie für Hausbesetzer.

Die etablierten Parteien kurierten nur an den Symptomen, anstatt die Ursachen zu bekämpfen. Welche Ursachen er wie bekämpfen will, erklärt der Kandidat an dieser Stelle nicht.<sup>258</sup>

Das Wahlprogramm der AL war eher das Gegenteil von radikal in dem Sinne, daß man dem Übel bzw. den Ursachen an die Wurzel gehen will. Der ökologische Ansatz versucht, eine möglichst breite Basis von Kritik an den Auswüchsen des kapitalistischen Systems zu erreichen. Weder die Änderung der Umwelt- und Verkehrspolitik noch die Amnestie für Hausbesetzer sind systemrelevante Forderungen. Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen konnte sich ein großer Teil der legalistischen Linken dahinter versammeln.

Der SFB gab der Hausbesetzerbewegung großen Raum. Reporter wie Robin Lautenbach waren in besetzten Häusern unterwegs und berichteten von dort. Gedreht wurde nur mit dem Einverständnis der Besetzer, die die Gelegenheit zur Selbstdarstellung aber gerne nutzten. Nur hin und wieder, so Lautenbach, sollte die Drehgenehmigung mit Forderungen verbunden werden, wie z.B. daß die Abendschau über die Unterbringung der RAF-Gefangenen im Hochsicherheitstrakt berichten solle. Darauf wolle man aber nicht eingehen.

Am 10. April hatte die Abendschau dann aber doch die Zwangsernährung der sich im Hungerstreik befindlichen Gefangenen zum Thema.

---

<sup>258</sup> Berliner Abendschau vom 7.3.1981, SFB-Fernseharchiv

Justizsenator Meyer rechtfertigte die Haftbedingungen und gab an, daß es acht Stunden Aufschluß täglich gebe.

Am 16. April nahm der Regierende Bürgermeister Hans-Jochen Vogel (SPD) Stellung zum Tod des "Terroristen" Sigurd Debus. Der Staat wäre verpflichtet, Haftbedingungen zu überprüfen, dürfe sich aber nicht erpressen lassen. Er appelliere an alle, die in dieser Stadt lebten, sich nicht zu verhärten. Man dürfe diejenigen, die empört sind, nicht mit kriminellen Gewalttätern in einen Topf werfen.

Am 10. Mai 1981 stellte sich der SPD/FDP-Senat vorgezogenen Neuwahlen, aus denen die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Richard von Weizsäcker als Sieger hervor ging. Auch die AL hatte Gewinne zu verzeichnen und zog mit 7,2% der Zweitstimmen und neun Mandatsträgern erstmalig in das Abgeordnetenhaus ein. Von Weizsäcker wurde am 11. Juni zum Regierenden Bürgermeister gewählt und führte eine von der FDP tolerierte Minderheitsregierung. Die SPD fand sich erstmals in der Berliner Nachkriegsgeschichte in der Opposition wieder.

Unter von Weizsäcker setzte der Senat die sogenannte Berliner Linie in der Wohnungspolitik durch, d.h. da, wo es möglich war, Nutzungsverträge mit den Hausbesetzern abzuschließen und ansonsten konsequent zu räumen. Im Juni kam es nach Häuserräumungen durch die Polizei vermehrt zu Protestaktionen.

Am 25. Juni wurde im Abgeordnetenhaus über einen Antrag der AL über Straffreiheit für Hausbesetzer und Demonstranten abgestimmt. Der Antrag wurde erwartungsgemäß abgelehnt.

Am darauffolgenden Tag kam es wieder zu Ausschreitungen in der Innenstadt. Dem SFB-Kamerateam gelang es, die Demonstranten bei Steinwürfen auf Polizisten, beim Einschlagen von Schaufensterscheiben und bei Plünderungen zu filmen.

Reporter Gerhard Förster kommentierte, es habe nicht viel gefehlt, und man hätte von der Schußwaffe Gebrauch machen müssen.

Die Bilder der Abendschau brachten Polizei und Staatsanwaltschaft auf den Gedanken, daß das unveröffentlichte, d.h. ungeschnittene Kameramaterial des SFB eine hervorragende Möglichkeit zur Identifizierung von Steinewerfern und anderen Störern böte. Dies führte dazu, daß am 2. Juli 1981 nicht gesendetes Videomaterial des SFB durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde. Das Material wurde auf Anforderung herausgegeben, um eine Durchsuchung zu vermeiden. Ebenfalls betroffen war das ZDF; beide Sender protestierten gegen die Maßnahme. Die RFFU (Rundfunk-Fernseh-Film-Union) und der DJV (Deutscher Journalisten-Verband) gaben eine gemeinsame Erklärung ab: Fernsehjournalisten würden gegen ihren Willen zu Hilfsorganen der Staatsanwaltschaft. Die Rundfunkfreiheit wäre beeinträchtigt. Auch der Redakteursausschuß des SFB protestierte: für Reporter und Kameraleute sei es in Zukunft kaum mehr möglich, zu filmen.

Der Rundfunkrat des SFB beraumte eine Sondersitzung ein. Der Intendant des SFB, Dr. Wolfgang Haus, gab in der Abendschau seiner Meinung Ausdruck, daß die Freiheit der Berichterstattung tangiert werde.<sup>259</sup>

Das Strafverfolgungsinteresse dürfe nicht gegen die Pressefreiheit abgewogen werden. Auf die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, das Material nicht herauszugeben, meinte Haus, daß es dann zur Durchsuchung und Ausforschung gekommen wäre. Dies habe er vermeiden wollen.

Man habe inzwischen ein Veto gegen die Auswertung der Bänder eingelegt.

Am nächsten Tag nahm der SFB-Rundfunkrat zu der Beschlagnahmung Stellung. Der Rundfunkratsvorsitzende Karl-Heinz Schmitz erklärte, daß er in dieser Frage voll hinter dem Intendanten stehe. Auf die Frage, ob die Pressefreiheit gefährdet sei, meinte er, in jedem Falle bliebe ein Spannungsfeld bestehen. Er befürchte Schwierigkeiten für die Mitarbeiter,

---

<sup>259</sup> Berliner Abendschau v. 2.7.1981, SFB-Fernseharchiv



wenn die Aufzeichnung von strafbaren Handlungen der Staatsanwaltschaft zugänglich gemacht werden müsste.

Am 9. Juli gab der SFB eine Pressekonferenz zur Beschlagnahmung des Filmmaterials, an der sich RFFU, DJV und DJU beteiligten.

Die von der RFFU formulierte Presseerklärung lautete folgendermaßen:

“Die RFFU protestiert gegen die Versuche staatlicher Organe, durch Behinderung von Kameraleuten und Reportern sowie durch Beschlagnahme von ungesendetem Filmmaterial die Freiheit der Berichterstattung einzuschränken.”<sup>260</sup>

Insbesondere die Kameraleute könnten nicht mehr mit den Hausbesetzern zusammenarbeiten. Sie müssten eine Art Selbstzensur ausüben, weil sie ja nicht wüssten, ob das Material gegen die gefilmten Personen verwandt würde.

Wenn Journalisten Angst haben müssten, als Hilfsorgane der Staatsanwaltschaft betrachtet zu werden, wäre es mit der Pressefreiheit vorbei.

Die Auseinandersetzung um das Video-Material zeigt zum einen die Relevanz der Hausbesetzerbewegung, zum anderen die veränderte Einstellung der SFB-Reporter und Kameraleute im Vergleich zur Zeit der Studentenbewegung. Bewahrte man während der APO-Demonstrationen noch kritische Distanz, war Anfang der achtziger Jahre eine gewisse Sympathie mit den Anliegen der Besetzer nicht zu verhehlen. Nun erlitt der Anspruch, aktuell und möglichst authentisch zu berichten, eine Einschränkung durch die Möglichkeit des Zugriffs des Staates auf das Videomaterial.

Robin Lautenbach, der diverse Instandbesetzungen mit seinen Berichten begleitet und einige Interviews mit Instandbesetzern geführt hatte, sprach am 15. Juli, nachdem ein Demonstrant bei einem Polizeieinsatz schwer

---

<sup>260</sup> Berliner Abendschau v. 9.7.1981, SFB-Fernseharchiv

verletzt wurde, den Kommentar in der Abendschau.<sup>261</sup>

Der Polizei müsse ein Lob ausgesprochen werden, weil sie in diesem Fall schnell die Möglichkeit eines eigenen Fehlverhaltens eingeräumt habe.

Was eigentlich selbstverständlich sein müsse, aber in der Vergangenheit oft nicht beherzigt worden wäre, sei die schnelle Aufklärung, wenn unverhältnismäßig vom Schlagstock Gebrauch gemacht worden wäre, bei Übergriffen gegen Passanten, Journalisten und friedliche Demonstranten. Der Bürger würde sich aber fragen, warum die Aufregung in den Medien, wenn doch keine Demonstration ohne Steinwürfe abginge?

Die Antwort wäre: "Das Fehlverhalten der staatlichen Organe wiegt schwerer als das Fehlverhalten Einzelner, denn der Staat hat das Gewaltmonopol. Wenn die Ausübung staatlicher Gewalt nicht mehr den Gesetzen entspricht, wenn sie nicht mehr öffentlich kontrolliert werden kann, wird das dem Ansehen der Demokratie mehr schaden als der Steinewerfer, der sowieso vor einem ordentlichen Gericht zur Rechenschaft gezogen wird."<sup>262</sup>

In diesem Sinne hätte die Polizei Mut zur Demokratie bewiesen.

In derselben Abendschau gab der Moderator, Harald Karas, bei der Überleitung zu dem Beitrag "Pressekonferenz in besetztem Haus in der Knobelsdorffstraße" seinem Befremden Ausdruck, daß Hausbesetzer jetzt schon Pressekonferenzen abhielten.

In der Tat wäre Vergleichbares in der APO-Zeit nicht denkbar gewesen.

Allerdings waren, wie bereits erwähnt, die Forderungen der Hausbesetzer auch nicht gerade systemsprengend.

In der Abendschau vom 17. Juli ging es nochmals um das Thema Pressefreiheit. Das Berliner Landgericht hatte die Beschlagnahme des nicht gesendeten Materials von SFB und ZDF für rechtmäßig erklärt. Die Begründung lautete, daß die Klage des SFB unbegründet wäre und die des

---

<sup>261</sup> Berliner Abendschau v. 15.7.1981, SFB-Fernseharchiv

<sup>262</sup> Ebd.

ZDF (der sein Material inzwischen zurückerhalten hatte) unzulässig, weil es sich um eigenes Material und nicht um das Material Dritter handele und da die vorgeschriebenen Voraussetzungen gegeben seien. Die Beschlagnahme sei nicht unverhältnismäßig.

Intendant Dr. Wolfgang Haus kommentierte den Richterspruch:

Man müsse das Urteil respektieren, die Problematik müsse auf rechtspolitischem Wege geklärt werden. Das Fernsehen habe kein Interesse daran, die Strafverfolgung zu behindern - die Beschlagnahme könne aber die umfassende Berichterstattung behindern, zu der der SFB gegenüber dem Zuschauer verpflichtet sei. In seinen Erinnerungen anlässlich des 50. Geburtstages des Senders schildert Haus nochmals die Geschehnisse:

“ Nach ausführlichen Fernseh- und Hörfunkberichten über Krawalle und einen Todesfall bei Demonstrationen im Zusammenhang mit Häuserräumungen z.B. warf mir im Herbst 1981 der Regierende Bürgermeister allen Ernstes vor: “Sie und der SFB erschweren mir das Regieren.” Mein Einwand, daß die Informationspflicht des Senders wohl nicht beschnitten werden solle, um jemandem das Regieren zu erleichtern, leuchtete in jenen aufgeregten Tagen nicht ein. Im Rundfunkrat ging es anschließend um “Angemessenheit” und Ausgewogenheit der Berichte, um vereinzelt Übereifer von Reportern.”<sup>263</sup>

Der Deutsche Journalisten-Verband forderte anschließend die Neuordnung der Strafprozeßordnung. Das geltende Zeugnisverweigerungsrecht sei zum Schutz der journalistischen Arbeit nicht ausreichend.

Auch im August und September gab es wieder zahlreiche Hausbesetzungen und Pressekonferenzen der Besetzer, über die in der Abendschau berichtet wurde.

---

<sup>263</sup> Dr. Wolfgang Haus, Erinnerungen 1978-1983, in: Mehr als ein halbes Leben, 50 Jahre Sender Freies Berlin, Berlin 2003

Am 22. September kam es anlässlich von Häuserräumungen durch die Polizei in der Winterfeldt- und Bülowstraße zu einem tödlichen Unfall. Der Demonstrant Klaus Jürgen Rattay wurde von einem BVG-Bus erfaßt und getötet.

Zuvor hatte der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker eine kompromißlose Linie verkündet und die Räumung von acht besetzten Häusern angeordnet.

Abendschau-Moderator Gerhard Lenz fasste die Ereignisse des Tages zusammen:

Bei einer Demonstration gegen die Anwesenheit von Innensenator Heinrich Lummer in einem besetzten Haus sei es zu einem tragischen Zwischenfall gekommen. Ein Demonstrant sei von einem Bus erfaßt und anschließend mehrere Meter mitgeschleift worden.

Im folgenden Bildbericht wurde ein Photo des Toten gezeigt. An der Unfallstelle standen erregte Demonstranten. Einhellig wurde von den befragten Zeugen bestätigt, daß der Unfall passiert sei, weil Demonstranten von der Polizei in den fließenden Verkehr hineingetrieben wurden.

Dazu Gerhard Lenz: die offizielle Version von Polizeipräsident Hübner, für die es auch mehrere Augenzeugen gebe, wäre die, daß der Bus zunächst mit Steinen beworfen worden wäre. Dann wäre ein junger Maskierter auf die linke Stoßstange gesprungen. Bei dem Versuch, die Scheibe einzuschlagen, wäre er abgerutscht und 80 Meter weit mitgeschleift worden. In einer Pressekonferenz nach der Häuserräumung gab Heinrich Lummer den Demonstranten die Schuld an der Eskalation und behauptete, die Polizei habe die Saat der Gewalt nicht gesät.

Der Führer der Opposition, SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel, kritisierte die Politik der Regierung. Er meinte, daß die Räumungspolitik ein politischer Fehler sei, der eine tiefe Kluft aufreißen würde. Ein nicht unwesentlicher Teil der jungen Generation stünde hinter den Instandbesetzern.

Anschließend fragte Richard Schneider den Regierenden Bürgermeister in einem Interview, warum auf die Räumung nicht verzichtet wurde. Von Weizsäcker erklärte, daß Angebote des Senats von den Besetzern zurückgewiesen worden wären. Außerdem wären gewalttätige Auseinandersetzungen bei der Friedensdemonstration und beim Besuch des amerikanischen Außenministers Grund genug, konsequent gegen die Hausbesetzer vorzugehen.

Von Weizsäcker folgte hier nicht der Differenzierung, die Harald Karas in seinem Kommentar vom 15. Dezember 1981 zwischen dem berechtigten Anliegen der Hausbesetzer und dem Benehmen der radikalen Szene vorgenommen hatte, sondern versuchte den politischen Aspekt der Bewegung als Legitimation für die Räumung heranzuziehen.

Auch am folgenden Tag war der Tod von Klaus Jürgen Rattay noch das beherrschende Thema in der Stadt und in der Berliner Abendschau. Ein Bericht von Klaus Strebe zeugte von schweren Ausschreitungen rund um den Winterfeldplatz. Scheiben von Banken gingen zu Bruch, eine Polizeieinheit mußte vor einem Steinhagel in Deckung gehen, Fackeln wurden in Fensterscheiben geworfen, es fanden Plünderungen statt. Das Ganze wirkte wie eine Live-Reportage, Bild und Text bildeten eine inhaltliche Einheit.

Wolfgang Kandeler führte weitere Zeugenbefragungen durch. Ein Augenzeuge bestätigte nochmals die Version, daß Rattay auf der Flucht vor der Polizei vor den Bus gerannt sei und daß Steine erst gegen den Bus geflogen seien, nachdem dieser den Demonstranten überfahren hatte.

Am 28. September stellte die AL im Abgeordnetenhaus einen Mißtrauensantrag gegen Senator Lummer - natürlich ohne Erfolg.

Am 3. Oktober kommentierte Wolfgang Hanel in der Abendschau die Todesanzeige für Klaus Jürgen Rattay in einer GEW-Zeitung:<sup>264</sup>

“Klaus Jürgen Rattay am 22.9.81 im Zuge der polizeilichen Räumung der

---

<sup>264</sup> Berliner Abendschau v. 3.10.1981, SFB-Fernseharchiv

besetzten Hauses Bülowstr. 89 in den Tod getrieben" (Schlagzeile der GEW-Zeitung, Anm.d.Verf.) - dies sei eine Behauptung, die nicht bewiesen wäre, sondern durch widersprüchliche Aussagen in Zweifel stünde. Hanel fragt: "Ist das Erziehung? Ist das Wissenschaft?" Von Lehrern könne man erwarten, daß sie gegen gängige Pauschalurteile vorgingen. Es gebe aber gewiß auch noch Vernünftige unter den Pädagogen.

Hanel ist *kein* Beispiel für Objektivität; denn was er der GEW unterstellt, nämlich eine unbewiesene Behauptung aufzustellen, kritisiert er andererseits bei Polizei und Staatsanwaltschaft nicht; diese stellen ja eine gegenteilige, nicht bewiesene Behauptung auf. Die Frage, ob das Erziehung und Wissenschaft sei, ist reine Polemik, ebenso wie die Unterstellung, daß Lehrer, die der Version zuneigen, daß Rattay von der Polizei vor den Bus getrieben worden sei, unvernünftig wären. Um sich und die Zuschauer zu beruhigen, stellt er gleich anschließend fest, daß es ja zum Glück auch noch Vernünftige unter ihnen gebe.

Innerhalb der Kurznachrichten berichtete Gerhard Förster anschließend über eine Bürgeraktion gegen "Chaos in Berlin". Es werde ein Vermummungsverbot für Demonstranten gefordert. Die Initiative fordere objektive Berichte in der Presse und spreche sich gegen Diffamierungskampagnen gegen die Polizei aus.

Diese Abendschau ist ein gutes Beispiel für eine von der konservativ bis reaktionären Fraktion innerhalb der Redaktion gestaltete Ausgabe.

Während es inzwischen im Gefolge der Studentenbewegung auch bei der bis dato erzkonservativen Abendschau auch progressive Mitarbeiter wie Richard Schneider, Robin Lautenbach und Wolfgang Kandeler gab, hielten Wolfgang Hanel, Gerhard Lenz und auch Gerhard Förster die konservative Fahne hoch und versuchten bei jeder Gelegenheit, linke Politik zu diskreditieren und Polizei und staatliche Organe zu unterstützen.

Der Tod des Hausbesetzers Rattay war eine Parallele zum Tod Benno

Ohnesorgs vierzehn Jahre zuvor. Wieder hatte die Polizei überreagiert, wieder gab es ein Opfer auf Seiten der Demonstranten und wieder wies der Staat jede Verantwortung von sich. Im Unterschied zur Studentenbewegung gab es aber keinen revolutionären Ansatz. Das Phänomen der Hausbesetzungen war eher soziologisch als politisch zu sehen. Der radikale Teil der Hausbesetzerszene tendierte zum Nihilismus und vereinte sich mit dem "Null Bock"-Prinzip des Punk. Durch den Umstand, daß die "Linke" bereits in den Institutionen repräsentiert war, konnte sich keine radikaldemokratische Perspektive entwickeln. Auch war, verglichen mit den Sechzigern, das Klima in Berlin nicht mehr in dem Maße vom Kalten Krieg geprägt. Was aber jedem kritischen Ansatz in Bezug auf internationale Politik nach wie vor im Weg stand, war die unverbrüchliche Treue der Berliner zu den Amerikanern.

Die Berichterstattung des SFB über die Hausbesetzungen und Häuserräumungen führte zu Protesten aus der Bevölkerung. Dies war Gegenstand der Rundfunkratsitzung am 22.9.1981, bei der Intendant Wolfgang Haus auch über Kritik an einzelnen Journalisten berichtete. CDU-Politiker Rüdiger Landowsky hatte insbesondere die Jugendsendung s-f-beat kritisiert, der er Unausgewogenheit und journalistische Fehlleistungen vorwarf. Die Distanz der Berliner Bevölkerung zum Sender sei so groß wie nie zuvor.

Es war nur folgerichtig, daß von der CDU seitdem die Absetzung des liberalen Intendanten Haus betrieben und, sekundiert von der Springer-Presse, die Inthronisation von Lothar Loewe vorbereitet wurde.

Im Ostteil der Stadt begann sich im Jahre 1982 zaghafte eine kirchliche Bürgerbewegung unter dem Motto "Frieden schaffen ohne Waffen" zu konstituieren.

Die Westberliner Friedensbewegung nutzte den Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan am 11. Juni zu

Friedenskundgebungen. Die genehmigte Demonstration am Vorabend des Besuchs verlief reibungslos, am Tag des Besuches selbst gab es immer wieder Scharmützel kleiner Gruppen mit der Polizei.

Zu den Ereignissen nahm am 12. Juni Innensenator Lummer in der Abendschau Stellung:

Es wäre notwendig, den Tatbestand der gefährlichen Zusammenrottung in das Strafgesetzbuch einzuführen, um Gewalttätern effektiver begegnen zu können. Besetzte Häuser dürften nicht als Hochburgen Krimineller genutzt werden. Das gewaltbereite Potential käme überwiegend aus Westdeutschland. Es handele sich nicht um Demonstranten, sondern um Rotten.

SFB-Moderator Gerhard Lenz, der das Interview führte, berichtete von einer Vielzahl empörter Anrufer, die wissen wollten, warum im Vorfeld nicht besser durchgegriffen worden wäre.

Die Ausschreitungen waren die Konsequenz aus dem Verbot der Anti-Reagan-Demonstration am Tag des Besuches. Inwieweit Demonstranten aus der Hausbesetzer-Szene beteiligt waren, ist nicht belegt. Es ist aber anzunehmen, daß diejenigen, die in der Hausbesetzer-Bewegung aktiv waren - und dies waren überwiegend Studenten aus Westdeutschland - auch für den Frieden auf die Straße gingen. Insofern waren die Koordinaten dieselben wie bei der Studentenbewegung 15 Jahre zuvor, und auch die Antwort des Staates war vergleichbar. Der Unterschied war aber, daß die außerparlamentarische Bewegung nicht mehr gesamtgesellschaftlich-revolutionär dachte und ihr parlamentarisches Pendant, die AL, dabei war, sich im Staate zu etablieren. Ein wichtiger Punkt dabei war die - aus der Studentenbewegung sattem bekannte - Gewaltdiskussion, die im Unterschied zu damals nicht von den Studenten selbst auf die Tagesordnung gesetzt (siehe das Gespräch mit H. Marcuse), sondern der AL als legalem Repräsentanten der Bewegung aufgezwungen wurde.



Am 15. Juni befragte Alexander von Bentheim im Abendschau-Studio Rechtsanwalt Otto Schily, Mitglied der AL und der Grünen, zum Thema: "AL am Scheideweg?"<sup>265</sup>

Bentheim wollte wissen, ob sich die AL zur Gewaltfreiheit bekennen würde. Schily antwortete, daß er dies für selbstverständlich hielte, daß sie gewalttätige Handlungen nicht unterstütze und sich von diesen distanzieren. Die AL sei politisch erledigt, wenn sie den Eindruck erwecke, daß sie immer wieder den Straßenkämpfern die Bühne, das Publikum und sich selbst die publizistische Entschuldigung verschaffe. Es sei selbstverständlich, daß wer für den Frieden demonstriere friedlich demonstrieren müsse. Dazu gehöre aber auch, daß der Staat die Demonstrationen zuließe und nicht wie im Falle des Reagan-Besuchs verbiete.

Von Bentheim fragte, ob die AL am Scheideweg stünde. Schily antwortete, daß sie in jedem Fall Farbe bekennen müsse und sich keinen Gefallen täte, "wenn sie Unschärfen im Bild entstehen ließe". Die AL wäre angetreten für eine menschliche Gesellschaft - das dürfe sie nicht aus den Augen verlieren, wenn junge Menschen im Gefängnis oder im Krankenhaus landeten.

Sie müsse verhindern, daß von den wahren Problemen abgelenkt werden könne. Dies wäre ja ein willkommenes Mittel für manche politische Kräfte in dieser Stadt, von den Problemen abzulenken, indem man der Linken Fehlverhalten vorwerfe.

Nach der Haltung der Grünen befragt, deren Mitglied er auch war, antwortete Schily, daß diese ein klares Bekenntnis zur Gewaltfreiheit abgäben.

Im Verlauf des Jahres 1982 kam es zu weiteren Häuserräumungen und Protestaktionen. Wohnungsbaugesellschaften wie die Neue Heimat

---

<sup>265</sup> Berliner Abendschau v. 15.6.1982, SFB-Fernseharchiv

begannen aber auch, den Besetzern Nutzungsverträge anzubieten. Die Hausbesetzerbewegung - die sich selbst auch medienwirksam Instandbesetzerbewegung nannte - war zwar aus dem berechtigten Anliegen entstanden, preiswerten Wohnraum für westdeutsche Studenten zu schaffen und gleichzeitig erhaltenswerte Häuser vor dem Abriß zu schützen, bot aber - und das hatten konservative Politiker wie der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker erkannt - der linken, spontaneistischen Bewegung die Möglichkeit, neue Lebens- und Aktionsformen zu probieren und aus der Deckung der besetzten Häuser heraus Politik zu machen. Auch hier sollte das Prinzip Geltung finden, daß durch das repressive Vorgehen des Staates gegen ein berechtigtes Anliegen Sympathie für die Bewegung auch in weiteren Teilen der Bevölkerung entstehen könnte. Dies funktionierte nur insofern, als es auch in bürgerlichen Kreisen zur Kritik am Vorgehen der Wohnungsbaugesellschaften und des Senats und zu einem Überdenken des Neubau-Wahns kam. Sobald es aber über diese Ebene hinausging, wie z.B. beim Protest der Jugendlichen und Studenten gegen den Reagan-Besuch, war es mit der Solidarität der bürgerlichen Schichten nicht so weit her. Insofern mußte der Versuch der Linken - sofern er überhaupt intendiert war - aus der Hausbesetzerbewegung eine allgemeine politische Bewegung zu machen, scheitern. Dafür waren Staat und Gesellschaft sehr erfolgreich damit, die unpolitischen Teile der Hausbesetzerbewegung zu assimilieren und zu funktionalisieren. Eine größere Anzahl von Studenten, die sich in den besetzten Häusern eingerichtet und diese mit viel Aufwand renoviert hatten, konnte durch Nutzungsverträge geködert werden. Die außerparlamentarische Bewegung hatte inzwischen in der AL eine parlamentarische Entsprechung gefunden. Deren Hauptproblem bestand darin, sich gegenüber den etablierten Parteien für ihre Verbindungen zur Hausbesetzerbewegung zu rechtfertigen und sich von gewalttätigen Demonstrationen zu distanzieren. Wie schon in der Studentenbewegung

zehn Jahre zuvor wurde deutlich, daß die zentrale Frage in der bürgerlichen Demokratie die nach dem Gewaltmonopol des Staates ist. Da sich die AL bewußt und freiwillig in den Parlamentarismus begeben hatte, mußte sie dessen Spielregeln auch akzeptieren - und sich von außerparlamentarischen Aktionen, die nicht gewaltfrei abliefen, distanzieren.

Daß sich Otto Schily vor den SFB-Kameras von Alexander von Bentheim über die Einstellung der AL und der Grünen zur Gewalt befragen ließ, war taktisch geschickt, denn seine Botschaft ging in zwei Richtungen: die der konservativen Abendschau-Zuschauer, die nach dem Motto: "Seht her, die AL unterstützt gewalttätige Aktionen nicht" beruhigt werden sollten und die der Straßenkämpfer, denen der Entzug der Unterstützung durch die AL signalisiert werden sollte. Allerdings wies Schily auch darauf hin, daß die permanente Gewaltdebatte mit Schuldzuweisungen an die Instandbesetzer von den wirklichen Problemen, wie z.B. der Wohnungspolitik, ablenken sollte.

Das Fernsehen, insbesondere in Berlin der SFB, hatte sich längst zu einem Begleitmedium der Hausbesetzerbewegung entwickelt. Die Besetzer hatten das Prinzip erkannt, wie Öffentlichkeit herzustellen sei. Im Gegensatz zur Studentenbewegung stand ihnen keine Phalanx aus Berliner Presse und Politik gegenüber. Vielmehr war die Berliner Politik verunsichert und die Presse teilweise wohlwollend (solange es keine gewalttätigen Demos gab). Die Tatsache, daß in besetzten Häusern Pressekonferenzen abgehalten wurden, die auch von den Berliner Journalisten als Termin wahrgenommen wurden, zeigte, daß sich die Verhältnisse seit '68 geändert hatten.

Sogar das konservative ZDF sprang auf den Zug auf, indem es am 11. Februar 1980 ein Hearing zum Thema "Eine neue Jugendrevolte?" unter der Beteiligung der Generalsekretäre von CDU (Heiner Geißler), CSU (Edmund Stoiber), FDP (Günther Verheugen) und dem Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, veranstaltete. Für die

Besetzer waren Delegierte des Besetzerrats im Studio, der Psychologe Horst-Eberhard Richter war als potentieller Vermittler zugegen und als Moderatoren fungierten Ruprecht Eser und der spätere SFB-Intendant Horst Schättle.<sup>266</sup>

Die Diskussion war - zumindest vor der Kamera - ein mißlungener Versuch, zwischen den Parteien zu vermitteln. Sie zeigt aber, daß sich die bürgerlichen Medien aus Angst vor Konfrontation bemühten, die neue Jugendbewegung nicht zu unterschätzen und sie nach Möglichkeit zu integrieren. Man hatte aus den Fehlern von '68 gelernt.

Mit der Existenz einer linken Tageszeitung in Gestalt der *taz* war die Presse zudem in Zugzwang geraten. Die Alternative Bewegung hatte ihr Sprachrohr und konnte nicht so ohne weiteres verleumdet werden wie ehemals die Studentenbewegung von der Springer-Presse.

Die Reporter der *Abendschau* beteiligten sich teils aus journalistischer Sensationslust, teils aus heimlicher Sympathie an der kontinuierlichen Berichterstattung über die Besetzer.

Für einen engagierten Journalismus, allerdings eher im Sinne Springers, stand auch der neue Intendant des SFB: am 7. Juni 1982 hatte der Rundfunkrat den ehemaligen DDR-Korrespondenten der ARD, Lothar Loewe, zum Nachfolger von Dr. Wolfgang Haus gewählt. Er stellte sich in einem Interview bei Richard Schneider in der *Abendschau*<sup>267</sup> vor: er sei kein Administrator, sondern Journalist. Es gelte, das Programm zu optimieren und dabei auch im Bundesgebiet die Berlin-Problematik verständlich zu machen. Der SFB könne kein Sender sein wie jeder andere - er müsse immer ein bißchen besser sein.

Obwohl mit den Stimmen der CDU-Mitglieder im Rundfunkrat gewählt, sei er politisch unabhängig. Der SFB sei kein Parteisender, sondern einem sauberen Journalismus verpflichtet. Der Amtsantritt Loewes wurde von der

---

<sup>266</sup> Aus: Klaudia Brunst, *Je später der Abend...*Freiburg 2005, S. 42 ff.

<sup>267</sup> Berliner *Abendschau* vom 7.6.82, SFB-Fernseharchiv

Springer-Presse gutgeheißen, erhoffte man sich doch von dem konservativen Loewe, der sich des öfteren auch gegen die “Umarmungspolitik” Brandts dem Osten gegenüber ausgesprochen hatte und der ein erklärter Amerika-Freund war, daß er mit dem “linken Saustall SFB” - so die inoffizielle Sprachregelung - aufräumen würde.

#### 4.6 Die Friedensbewegung in Ost und West

Im Jahr 1983 schien die Lösung der Hausbesetzerfrage durch den Abschluss von Mietverträgen nahe; die Zahl der besetzten Häuser hatte sich von 165 auf 57 verringert, neue Besetzungen wurden nicht zugelassen.

Die Friedensbewegung artikulierte sich beim Besuch des US-Vizepräsidenten George Bush am 31. Januar. Nach einer Demonstration gegen den NATO-Doppelbeschluß und die Politik der USA in Lateinamerika kam es wiederum zu Ausschreitungen.

Am 23. Februar kam es zu einem Zerwürfnis zwischen den Berliner Grünen und der AL. Die Abendschau berichtete über die Pressekonferenz: ein Mitglied des seit März 1980 existierenden Landesverbandes der Grünen erklärte seinen Austritt, da ein Vorstandsmitglied der AL sich zu Steinwürfen gegen Polizisten und Fensterscheiben bekannt hatte. Die unvermeidliche Gewaltfrage zog sich weiter durch den Diskurs der Linken. Eine weitere Kampagne der Linken bezog sich auf das Vorhaben des Senats, eine Volkszählung durchzuführen. Nach heftigen Protesten und juristischen Einsprüchen wurde die Volkszählung durch das Bundesverfassungsgericht ausgesetzt. Harald Karas kommentierte am 13. April in der Abendschau.<sup>268</sup>

Die Regierung Schmidt mit Innensenator Baum und Justizsenator Vogel hätte das Gesetz auf den Weg gebracht, ohne es gründlich genug

---

<sup>268</sup> Abendschau v. 13.4.1983, SFB-Fernseharchiv

vorzubereiten. Es hätte keine Aufklärung gegeben, Bedenken konnten nicht aus dem Weg geräumt werden. Auch der Kampagne in den Medien konnte nicht wirkungsvoll begegnet werden. Nun wären 100 Mio. Mark an Steuergeldern vergeudet worden. Die Aussetzung der Zahlung wäre ein Sieg des Bürgerprotests gegen die Staatsräson.

Im weiteren Verlauf des Jahres stand das Thema Abrüstung im Vordergrund; am 2. Mai gab eine Friedensdemonstration und die 2. Konferenz für europäische atomare Abrüstung in West-Berlin. Am 24. Mai brachte die Abendschau ein Interview mit Vertretern der Friedensbewegung aus Jena.

Die Friedensbewegung in Ost und West nährte die Hoffnung auf eine deutsch-deutsche Annäherung. Der Kern der DDR-Friedensbewegung lag in Jena, wo sich diverse Friedensarbeitskreise gebildet hatten. Zu diesem Zeitpunkt war der Umfang des wirtschaftlichen Bankrotts der Ostblock-Staaten noch nicht abzuschätzen.

Am 1. August war der ehemalige DDR-Bürger Roland Jahn in der Abendschau zu Gast. Er war im Juni ausgebürgert worden, das heißt, daß ihm die DDR-Staatsbürgerschaft aberkannt worden war. Nun mußte er im Transit Behinderungen durch die Grenzpolizisten hinnehmen. Ähnlich wie Jahn erging es vielen Friedensaktivisten aus Jena; die DDR erhoffte sich so eine Austrocknung des oppositionellen Sumpfes. Im Westen waren die Ausgebürgerten hoch willkommen; umgekehrt sympathisierte der Osten mit der Friedensbewegung im Westen, weil sich diese ja an die Adresse der USA richtete.

Am 30. August wurde über den Freitod des türkischen Asylbewerbers Kemal Altun berichtet. Reporter Gerhard Förster bezeichnete ihn in seinem Beitrag als Opfer eines Behördenstreits.

Der Kommentar von Hans-Joachim Lorenz sah einhellige Betroffenheit über den Tod des jungen Mannes und kritisierte die Entscheidung des Berliner Kammergerichts, die Rechtmäßigkeit der Auslieferung zu erklären,

obwohl Altun den Status eines Asylbewerbers hatte. Der Rechtsstaat habe sich damit Schaden zugefügt.<sup>269</sup>

Weitere wichtige Ereignisse für Berlin waren der Besuch Richard von Weizsäckers bei Erich Honecker in Ost-Berlin am 15. September und die Friedensdemonstration in Ost-Berlin am 4. November, bei der Mitglieder der Grünen und der DDR-Friedensbewegung eine Petition zur Friedens- und Abrüstungsproblematik an die Vertretungen der USA und der Sowjetunion übergaben.

Nachdem schon im Jahre '83 der Fall Kemal Altun für Aufsehen gesorgt hatte, prägte in den Jahren 1984/85 die Diskussion um Asylbewerber das politische Klima der Stadt. Am 2. Januar 1984 verbrannten sechs Asylbewerber in der Abschiebehafenanstalt. Die AL veranstaltete am 16. Januar zum Thema Abschiebehafent eine Pressekonferenz, die von der Abendschau übertragen wurde. Hierin beschuldigte ein Libanese die Gefängniswärter, nach Ausbruch des Brandes in der Haftanstalt die Türen der Zellen verschlossen und damit den Tod der Asylanter billigend in Kauf genommen zu haben.

Am 9. Februar 1984 wurde Eberhard Diepgen als Nachfolger des designierten Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum Regierenden Bürgermeister gewählt.

Die CDU/FDP-Koalition wurde bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. März 1985 bestätigt; die Alternative Liste zog mit 10,6% der Stimmen in West-Berlin wieder in das Abgeordnetenhaus ein.

Weiterhin aktiv war die Friedensbewegung in Ost und West: am 29. März berichtete die Abendschau über eine Protestaktion von fünf Mitgliedern der westdeutschen Friedensbewegung auf dem Alexanderplatz. Die Demonstranten entrollten ein Transparent mit der Inschrift "Gegen die Verfolgung der Friedensbewegung in Ost und West". Daraufhin wurden sie

---

<sup>269</sup> Abendschau v. 30.8.1983, SFB-Fernseharchiv

von Sicherheitsbeamten abgeführt.

Derlei Aktionen fanden, auch wenn die zahlenmäßige Beteiligung sehr gering war, großen Widerhall in den Westberliner Medien. Seit dem 19.12.1981 hatte die Berliner Abendschau die Möglichkeit, mit einem eigenen Übertragungswagen direkt aus dem Ostteil der Stadt zu berichten. Jede Kritik am DDR-System kam dem Westen recht, und jede überzogene Reaktion der Staatsgewalt lenkte von eigenen unverhältnismäßigen Reaktionen ab.

Zu Beginn des Jahres 1986 war es ein Bestechungsskandal, die sogenannte Antes-Affäre, die die Schlagzeilen in West-Berlin beherrschte. Mehrere Angeklagte, allen voran der Charlottenburger Baustadtrat Wolfgang Antes (CDU), standen im Verdacht, Geld für dienstwidrige Handlungen angenommen zu haben. Am 8.10.1984 bereits hatten SPD und AL einen Abwahantrag wegen des geplanten Verkaufs von bezirkseigenen Wohnungen gegen Antes gestellt, waren damit aber gescheitert. Am 21.5.1985 verzichteten Bezirksbürgermeister Lindemann und sein Baustadtrat Antes aufgrund der sich verdichtenden Beweise auf eine erneute Kandidatur. Am 29.8.1985 berichtete die Abendschau über die Ermittlungen gegen Antes wegen Verdachts der Untreue und der Anstiftung zur schweren Brandstiftung.<sup>270</sup> Am 4.11.1985 wurde der ehemalige Baustadtrat verhaftet. Der Prozeß wurde von der Abendschau bis zu seiner Verurteilung am 30.9.1986 kontinuierlich begleitet. Dabei ging sie in ihrem journalistischen Ehrgeiz, Hintergründe aufzudecken und Verstrickungen nachzuweisen, mitunter zu weit, wie Jürgen Engert in einem Kommentar feststellte<sup>271</sup>:

Tags zuvor hätte die Abendschau einen Bericht gesendet, der sich nicht mit journalistischen Prinzipien vereinbaren ließe. In diesem war ein

---

<sup>270</sup> Berliner Abendschau vom 29.8.1985, SFB-Fernseharchiv

<sup>271</sup> Abendschau-Schlaglichter, Sendung v. 25.1.86, SFB-Fernseharchiv



unlauterer Zeuge zu Wort gekommen, der sich seiner Kontakte zum damaligen Regierenden Bürgermeister, Eberhard Diepgen, rühmte. Anschließend wurde zwar auch das Dementi Diepgens gebracht, es wäre aber ein Fehler gewesen, den Bordellbesitzer Altmann überhaupt in der Sendung zu Wort kommen zu lassen. Engert legt Wert darauf, daß dieser Kommentar das Ergebnis selbstkritischer Einsicht und nicht politischen Drucks gewesen sei. Öffentlich-rechtliche Anstalten stünden zwar unter dem Ruf, sie wären leicht unter Druck zu setzen, das journalistische Ethos wäre aber unteilbar.

Kritische Berichterstattung der bürgerlichen Medien, wie hier die der Abendschau über den Antes-Skandal, erfolgte nicht vor dem Hintergrund einer systemkritischen Haltung, sondern aus journalistischer Neugier und in dem Bestreben, dem Zuschauer Sensationen zu präsentieren.<sup>272</sup>

Der Kommentar Engerts war ein Plädoyer für einen fairen Journalismus, der den öffentlich-rechtlichen Prinzipien gemäß gründlich recherchiert und verifiziert.

Am 13.2.1986 wurde im Rundfunkrat ein Abwahantrag gegen den Intendanten Lothar Loewe gestellt - ein bis dato einmaliger Vorgang in der Geschichte der ARD. Auf einer Personalversammlung war nach einer Brandrede des liberal-konservativen Redakteurs Eberhard Kruppa, der Loewe vorwarf, den Sender zu chaotisieren, eine Resolution verabschiedet, in der die Abwahl Loewes gefordert wurde<sup>273</sup>. Der Antrag scheiterte zunächst im Rundfunkrat; am 12.5.1986 jedoch wurde das Vertragsverhältnis mit Loewe in gegenseitigem Einvernehmen zum 31.5.86 beendet. Zum Nachfolger wurde am 23.Juni Prof. Dr. Günter Herrmann, vormals Justitiar und stellvertretender Intendant des WDR, gewählt.

---

<sup>272</sup> Welch seltsame Blüten das Bestreben der Medien, Sensationen zu präsentieren, bisweilen treibt, zeigt der Fall der Veröffentlichung der angeblichen Hitler-Tagebücher im *Stern* 1983

<sup>273</sup> Erinnerungsprotokoll eines ehemaligen Mitarbeiters, Gespräch vom 23.5.2006

Im Jahr 1987 wurde das 750jährige Stadtjubiläum in beiden Teilen der Stadt mit Feierlichkeiten begangen. Die Einladung von Weizsäckers, zu einem Besuch nach West-Berlin zu kommen, lehnte Staatschef Erich Honecker ab.

Ein weiterer Anlauf zur Volkszählung und die Beschlagnahmung von Boykottaufrufen führten am 1. Mai in Kreuzberg zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei.

Am 4. Mai stellte sich Innensenator Kewenig in der Abendschau den Fragen von SFB-Reporterin Christine Colmar. Befragt, was der Anlaß für die Ausschreitungen gewesen wäre, antwortete er, daß hier "Anti-Berliner" ihre Art von Geburtstagsfeier hätten feiern wollen.

Der Begriff "Anti-Berliner", der angeblich vom Regierenden Bürgermeister, Eberhard Diepgen, stammte, impliziert genau die Trennungslinie, die seit der Studentenbewegung zwischen Bevölkerung und APO gezogen worden war. Die Berliner - also die den Amerikanern in ewiger Dankbarkeit verpflichteten Bürger - standen einer Linken gegenüber, die sich durch ihre gegen den Verbündeten gerichtete Kritik nicht im Sinne Berlins verhielt. Ebenfalls zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei kam es am 11. Juni anlässlich des Besuches von US-Präsident Reagan in West-Berlin. Am 12. Juni zeigte die Abendschau Bilder von verummten Steinewerfern, die in der Kleiststraße Fensterscheiben einwarfen und einen Getränkeladen plünderten. Die Polizei setzte Schlagstöcke und Tränengas ein. Anschließend verlagerte sich die Demonstration zum Winterfeldplatz.

Bemerkenswert ist, daß Reporter Gerhard Förster in seinem Bericht den Anlaß für die Ausschreitungen - nämlich den Protest gegen den Reagan-Besuch - nicht erwähnt. Auf der anderen Seite hatte aber auch die Demonstrationskultur der linken Szene ein Stadium erreicht, wo man sich keiner Hoffnung mehr hingab, politische Inhalte transportieren und auf diese Weise etwas erreichen zu können - es ging schlicht und einfach nur

noch um "Randalen".

Auch in Ostberlin hatte es Anfang Juni Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Volkspolizei gegeben, als 3000 Rockmusik-Fans am Brandenburger Tor einem Rock-Konzert akustisch beiwohnen wollten. Es wurden Forderungen nach dem Abriß der Mauer und "Gorbatschow"-Rufe laut. Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU, hatte einen Kurs der Liberalisierung in der UdSSR eingeschlagen, der den übrigen Ostblock-Staaten Anlaß zur Hoffnung auf eine Aufweichung des starren Systems stalinistisch-leninistischer Prägung gab.

Am 27. Juli 1987 erging im Kriminalgericht Moabit das Urteil im Prozeß gegen den Ex-Kommunarden Dieter Kunzelmann und drei *taz*-Redakteure. Ihnen war vorgeworfen worden, in einem Interview den Senat als kriminelle Vereinigung bezeichnet zu haben. Nach dem unerwarteten Freispruch äußerte sich Kunzelmann vor dem Mikrofon der Abendschau: er hätte nicht mit einem Freispruch gerechnet und ziehe seinen Hut vor dem Schöffengericht. Er sähe das Urteil als Anerkennung dafür, daß er zur Aufdeckung des Berliner Korruptionssumpfes beigetragen habe.

Auch in diesem Fall zeigte sich, daß die *taz* eine wichtige Errungenschaft für die legalistische Linke war, und zwar genau in der Funktion, wie sie vor ihrer Gründung der Reporter des "Spandauer Volksblattes" beschrieben hatte - sie übte einen Konkurrenzdruck auf den Rest der Presselandschaft aus. Es gab also einen, wenn auch nicht revolutionären, so doch kritischen Journalismus in Berlin, der sich gegen Springer & Co zur Wehr setzte.

Der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung in der DDR war in den westlichen Medien, allen voran im SFB, große Beachtung geschenkt worden.

Schon zu Beginn des Jahres 1988 beschäftigte sich ein "Brennpunkt" - so der Titel aktueller Sendungen in der ARD, die zu einem brisanten Thema kurzfristig ins Programm genommen werden - mit den Problemen des

DDR-Regimes. "Honecker in der Klemme - die DDR zwischen Bürgerprotest und Stasi-Willkür" vom 27.1.1988 thematisierte die Verhaftung der Bürgerrechtler Freya Klier und Stephan Krawczyk.<sup>274</sup> Der Bericht wird mit dem Luxemburg-Zitat "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" eingeleitet. Dann stellen die Autoren diverse DDR-Basisinitiativen zu Friedens- und Umweltproblemen vor. Bekannte Vertreter dieser Bewegungen wie Vera Wollenberger oder Ralf Hirsch waren wegen "Rowdytums" und "landesverräterischer Umtriebe" zu längeren Haftstrafen verurteilt worden. Bärbel Bohley von der Initiative für Frieden und Menschenrechte schätzte die Lage so ein, daß Glasnost von der DDR-Regierung nicht verstanden werde. Erhard Eppler, Kirchentagspräsident der Evangelischen Kirche Deutschlands, war der Ansicht, daß es Leute gebe, die die Öffnung wollten und andere, die davor Angst hätten.

Die DDR hätte sich verändert, aber nicht genug, meinte Klaus Bölling, Regierungssprecher unter Helmut Schmidt. Honecker wisse, wenn man den kleinen Finger gebe, nähmen die jungen Leute die ganze Hand. Das Regime habe Angst vor polnischen Verhältnissen und der Wiederholung des 17. Juni 1953. Seiner Ansicht nach könne sich die DDR aber auf Dauer nicht von Glasnost abschotten und die kritischen Bürgerbewegungen nicht unterdrücken.

Es sollte aber doch noch gut ein Jahr und zehn Monate dauern, bis das DDR-Regime endgültig bankrott war und die Grenzen öffnete. Einstweilen gedachte die Abendschau am 25. Juni 1988 in einer Sondersendung des 40jährigen Jubiläums der Luftbrücke.

Der Publizist Sebastian Haffner gab in einem erklärenden Rückblick die Ursache für die Blockade im Sommer 1948 mit dem Scheitern einer gemeinsamen Politik der vier Mächte für ganz Deutschland an. Der Anlaß - oder der Vorwand - für die Teilung Deutschlands sei die selbständige

---

<sup>274</sup> ARD-Brennpunkt v. 27.1.88, SFB-Fernseharchiv

Währungsreform in den drei Westzonen und Westberlin gewesen. Dann folgt ein Ausschnitt der Rede Ernst Reuters vom 9. September 1948, in der er die westliche Welt zur Unterstützung Berlins aufforderte.

...“Dieses Volk von Berlin heute ruft die ganze Welt: Ihr Völker der Welt, Ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien, schaut auf diese Stadt und Ihr erkennt, daß Ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt. Es gibt nur eine Möglichkeit für uns alle: gemeinsam solange zusammenzustehen, bis dieser Kampf gewonnen ist, dieser Kampf endlich durch den Sieg gegen die Feinde, durch den Sieg über die Macht der Finsternis besiegelt ist...”<sup>275</sup>

Diese Sondersendung der Abendschau 40 Jahre danach sollte den Berlinern noch einmal ins Bewußtsein rufen, welche Härten man gemeinsam mit Unterstützung der Alliierten, insbesondere der Amerikaner, durchgestanden hatte. Die Solidarität einer Schicksalsgemeinschaft gegen die “Macht der Finsternis” - den Sowjetkommunismus - sollte noch einmal beschworen und an den Widerstandskonsens erinnert werden. Gerade die Rede Ernst Reuters war von eminenter Bedeutung für die Berliner, forderte er doch die ganze Welt auf, sich für das Schicksal Berlins zu interessieren.

Anfang Dezember 1988 schließlich ließen auch die Studenten der Hochschulen und Fachhochschulen wieder etwas von sich hören. Es gab massive Proteste gegen schlechte Studienbedingungen und Bafög-Kürzungen. Diesmal nutzten die studentischen Vertreter das ihnen vom SFB angebotene Forum nicht und verließen die Sendung “Stadtgespräch”<sup>276</sup> vorzeitig, nachdem sie einen Forderungskatalog vorgelesen hatten.

Die Abendschau berichtete, daß die Politik-Dozenten des OSI ausgesperrt und am Abhalten ihrer Vorlesungen gehindert wurden, unter ihnen Dr.

---

<sup>275</sup> Sondersendung der Abendschau v. 25.6.88, SFB-Fernseharchiv

<sup>276</sup> Stadtgespräch - Eine Hochschule wie viele andere? 40 Jahre Freie Universität Berlin, Sendung vom 7.12.88, SFB-Fernseharchiv

Gesine Schwan, die das alte Fazit von '68 bestätigt sah, daß "nur wenn's knallt, was passiert". Ein anderer Dozent sagte, er unterstütze die Forderung der Studenten, wäre aber mit deren Methoden nicht einverstanden. Zu den Ereignissen an der Universität sprach Harald Karas am 8. Dezember in der Abendschau den Kommentar:<sup>277</sup>

"Erschreckt fragen sich manche Bürger, was denn plötzlich wieder an den Universitäten los sei. Jahrelang habe doch Ruhe geherrscht, die schrecklichen 60er und 70er Jahre schienen doch endgültig vorbei zu sein. Und nun dies: Institutsbesetzungen, Spontandemonstrationen in der Innenstadt, Schmähakte gegen die 40-Jahr-Feier, Ultimaten, Rücktrittsforderungen, Vorlesungsboykotts..."

An den zwölf Westberliner Hochschulen seien 100 000 Studenten immatrikuliert, jeder zwanzigste Berliner sei Student. Die Universitäten litten an dramatischer Überfüllung. Die Kürzung des Bafög mache sich negativ bemerkbar, der Arbeitsmarkt habe sich verändert. Lehrerstop und Wohnungsnot täten ein Übriges. Da wundere es ihn nicht, daß der Protest sich wieder lautstark und öffentlich, also auch außerhalb des Campus, artikuliere.

FU-Präsident Heckelmann habe recht: das Nachlassen des Interesses der politischen Parteien an dieser Situation könne dramatische Folgen haben. Noch habe der Aufstand nichts mit den sechziger Jahren zu tun. Der Protest sei diesmal nicht so ideologisch befrachtet, dies könne sich aber ändern. Im Moment sei die Bewegung pragmatisch und nicht auf revolutionäre Utopien ausgerichtet. Es gebe aber noch die extremistischen Gruppen, die ihr Süppchen auf dem Feuer des studentischen Protestes kochen wollten. Ein Zeichen dafür sei die Entmachtung des AstA durch den Besetzerrat. Die Politiker wachten erst auf, wenn die Studenten das Universitätsgelände verließen und auf die Straße gingen. Schon einmal, in den sechziger Jahren, hätten die Politiker geglaubt, sie könnten die

---

<sup>277</sup> Berliner Abendschau v. 8.12.1988, SFB-Fernseharchiv

Universitäten sich selbst überlassen. Das hätte sich bitter gerächt, die Hochschulpolitik sei jetzt gefordert.

Karas' Kommentar ist von Vernunft geprägt. Er setzt einen Konsens über die parlamentarische Demokratie voraus und kritisiert deren aktuelle Versäumnisse. Die Lehre aus der Studentenbewegung 1967/68 sei, daß die Politik die Studenten nicht ernstgenommen und nicht rechtzeitig auf ihre Forderungen reagiert hätte. Der Unterschied zu '68 sei der, daß die Bewegung nicht "ideologisch überfrachtet" wäre - ein wichtiger Hinweis auf Kontinuität in der bürgerlichen Vorstellung, daß die Studenten sich nicht politisch, sondern nur in Universitätsbelangen zu engagieren hätten. Eine Umfrage unter den Bundesbürgern im Jahre 1967 hatte ergeben, daß 43% den Studenten "das Recht, sich politisch zu betätigen", abstritten.<sup>278</sup> Dafür wurde den Studenten zugestanden, in ihren eigenen Angelegenheiten mitreden zu dürfen: 71% der Befragten waren der Ansicht, daß die Studenten in universitären Belangen mitbestimmen sollten.<sup>279</sup>

Und im Jahre 1968 äußerten 58% der befragten Berliner die Meinung, daß sich die Aufmerksamkeit der Studenten nur auf die Hochschulreform richten sollte.<sup>280</sup>

Die Wohnungsnot der Studenten war Anlaß für eine Demonstration am 15. Dezember, über die die Abendschau wohlwollend berichtete. Mit phantasievollen Aktionen wurde auf die Tatsache hingewiesen, daß 2000 von 3000 Studienanfängern aus Westdeutschland keinen bezahlbaren Wohnraum hätten.

Ende der achtziger Jahre herrschte also ein deutlich liberaleres Klima als Ende der sechziger oder siebziger Jahre. Linke Politik war salonfähig, ja unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen Kapitalismus geworden.

---

<sup>278</sup> INFAS-Umfrage vom Juli/August 1967, in: Student und Öffentlichkeit, Der politisierte Student, S. 162, Hurwitz-Deposition, ZA für Emp. Sozialforschung Köln

<sup>279</sup> Ebd., S. 162

<sup>280</sup> INFAS-Umfrage vom Juli 1968, in: Student und Öffentlichkeit, Der politische Student, S.58, Hurwitz-Deposition, ZA für Emp. Sozialforschung Köln

Die Studentenbewegung war als Farce wiedergekehrt; hier ging es jetzt wirklich nur um Studienbedingungen und bezahlbaren Wohnraum. Für gesellschaftliche Utopien war kein Platz mehr. Die Aufweichung des Ostblocks hatte nicht dazu geführt, über eine echte sozialistische Alternative nachzudenken, sondern vielmehr ein Scheitern des Sozialismus an sich impliziert.

Im SFB waren die ehemaligen "jungen Wilden", die Macher linker Sendungen und Beiträge, inzwischen in den Chefredaktionen angekommen. Auch die konservative Fraktion hatte unter der Bedingung, daß sie kontrollierbar und systemimmanent wäre, nichts gegen eine neue soziale Bewegung einzuwenden.

Am 19. Dezember bot Prof. Dr. Günter Herrmann dem Rundfunkrat wegen unüberbrückbarer Differenzen seinen Rücktritt an. Der Rundfunkrat beschloß am 22. Dezember, das Vertragsverhältnis mit dem Intendanten im gegenseitigen Einvernehmen zum 31.3.1989 zu beenden. In seinen Erinnerungen führt Herrmann folgenden Grund für die Trennung an:

"Für einen wesentlichen Auftrag des SFB im damals herrschenden "Kalten Krieg" hielt ich...die Ausstrahlung nach Ost-Berlin und in das DDR-Umland hinein: der 100kW-Mittelwellensender strahlte ja das Programm SFB1 bis nach Polen! Wegen dieser Sonderaufgabe durfte ja der SFB - über seinen Gebührenschlüssel weit hinaus - ins Erste ARD-Fernsehgemeinschaftsprogramm 8% einbringen, deshalb war der Finanzausgleich für den SFB so hoch, wie er war! Für mich nun war die Bewahrung dieser Frequenzen für den SFB in vollem Umfang und in voller Stärke eminent wichtig. Daß ich mich nicht bereit fand, Frequenzen an Private oder an ein RIAS-TV ganz oder teilweise abzugeben, führte dann zu weiteren Spannungen mit der Trennung per 31.3.1989..."<sup>281</sup>

---

<sup>281</sup> Prof. Dr. Günter Herrmann, Erinnerungen 1986-1989, in: Mehr als ein halbes Leben, S. 63